



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

34 (20.1.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207521](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207521)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus...
Anzeigenpreis: Bei Voranzahlung die Nr. 100...

Anzeigenpreis: Bei Voranzahlung die Nr. 100...
Stellenangeb. u. Vermittlung...
Annoncenbüro: Wittgenstein u. Co., Mannheim...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Modezeitung, Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Die Zechenbesitzer verhaftet - Wieder ein Deutscher erschossen

Kurze Uebersicht

In Essen sind heute vormittag sechs Zechenbesitzer von den Franzosen verhaftet worden.

Die Besetzung der staatlichen Kohlegruben durch die Franzosen und Belgier nimmt ihren Fortgang; auf einigen Zechen ist daraufhin die Arbeiterschaft in den Ausstand getreten.

Das Bankgebäude der Firma Gebr. Köchling in Ludwigsbafen ist von den Franzosen beschlagnahmt worden.

Die Boykottbewegung gegen Franzosen und Belgier sowie gegen Erzeugnisse dieser Länder macht in ganz Deutschland große Fortschritte.

In der Pfalz ist die Versammlungsfreiheit erheblich eingeschränkt worden.

Lauf „Limes“ besteht Grund zu der Annahme, daß Italien mächtig auf Frankreich einzuwirken sucht.

Italien will in London sondieren, ob England bereit ist, zusammen mit Italien eine Vermittlung zwischen Paris und Berlin herbeizuführen.

In Langendreez ist gestern ein deutscher Krankenpfleger von einem französischen Wachtposten erschossen worden.

Verhaftung der Zechenbesitzer

Die Franzosen haben das Un glaubliche zur Tat werden lassen, indem sie die Zechenbesitzer, die als Privatleute überaus gut nichts mit der französischen Besetzung zu tun haben, und die, wie es für deutsche Staatsbürger Billig ist, lediglich den deutschen Gesetzen und Anweisungen Folge leisten, verhafteten. Das „Gericht“, das über sie urteilen soll, ist frivolster Mißbrauch der Begriffe „Recht“ und „Rechtssprechung“. Von solchen „Mätern“ wem teilt zu werden, ist für aufrechte deutsche Männer eine Ehre, und der aufrichtigsten Sympathien und der warmsten Anteilnahme des ganzen deutschen Volkes können die Eßener „Müßkuchen“ gewiß sein!

Ueber den Vorgang selbst meldet der Draht:

Essen, 20. Jan. Die für heute vormittag von General Jounier vorgeladenen Herren Frlch Thyssen, Generaldirektor Zenzelmann, Essener Steinkohlenbergwerke, Bergassessor Deise, Geschäftsführer Bergwerksaktiengesellschaft, Bergassessor Kesten, Zechen-Direktor, Generaldirektor Wulkenhäger, Essener Bergwerksverein Adolph Wilhelm, Direktor Spindler, Gewerkschaft Direktor Meckling, sind verhaftet und unter militärischer Bedeckung im Kraftwagen nach Düsseldorf gebracht worden. Ueber den Grund der Verhaftung ist noch nichts bekannt.

Die „Strafen“ für die Zechenbesitzer

Der „Lol. Anz.“ erzählt aus Paris, das französische Hauptquartier in Düsseldorf habe gemeldet, die angeklagten Zechenbesitzer würden höchstens mit ein bis zwei Monaten Gefängnis bestraft werden. Nach dem „Echo de Paris“ sollen die Direktoren der Staatsbergwerke, die sich der Beschlagnahme der Gruben widersetzen, ausgewiesen werden, um darnach den französischen Besatzungsbehörden einzuweichen. Wenn sie „nachgiebig“ seien, könnten sie als Hilfskräfte Verwendung finden. Es heißt ferner, wenn die Bergwerksbesitzer am Samstag nichts bezahlen würden, würde auch keine Wohnung durch die Franzosen räumt. Man beschränkt aber er sie nur auf die Besetzung der Wohnungen für ein drittel des Haus und auch andere Lebensmittelhäuser zur Lebensmittelversorgung angeschlossen werden.

Die Franzosen haben wieder zu „rädern“ nach zu „Strofen“! Auf die „Kochgeschichten“ der deutschen Zechenbesitzer und -besitzer werden sie vergeblich hoffen!

Millionen-Strafen

Auf die Unterstützung der neuen Bestimmungen der Besatzungsbehörden sind drohende Strafen gelegt. Jedes Vergehen gegen die Beschlagnahme der Kohlensteuer wird mit Geldstrafe bis zu 100 Millionen Mark und 5 Jahre Gefängnis, Verhöhnungen die Zollverordnung mit Geldstrafen bis zu 50 Millionen Mark und 5 Jahre Gefängnis und Verhöhnungen gegen die Beschlagnahme mit Geldstrafen bis zu 15 Millionen Mark und 5 Jahre Gefängnis bestraft.

Gleichzeitig mit der Verhaftung der Zechenbesitzer hat die

Wiederbesetzung der staatlichen Zechen

durch französische Truppen begonnen. Die Zechen Bergmannsgüß ist bereits besetzt. Rotterden und Kohlenexpedition sind mit Besatzung besetzt. Wegen die übrigen Gruben befinden sich die Truppen im Anmarsch. Der gestern verhaftete Direktor Ehrens und der verhaftete Kohlenexpedition Borst sind nach Essen geschafft worden.

In Wülheim ist eine Kommission der Besatzungsbehörde in das Kohlenkontor eingedrungen und hat die Herausgabe der Staatlichen und der Personbücher verlangt. Die Beamten haben dies abgelehnt und sind sofort in den Streik getreten. Zurzeit befindet sich die Kommission auf dem Kohlenkontor und verhandelt mit den Direktoren.

Lauf „Loln. Anz.“ beschlagnahmte gestern eine Abordnung der Antikarrieren Kontrollkommission bei der Bergischen Kohlenbau-Gesellschaft in Draht, Schöllen u. Co. die Geschäftsbücher, aus denen sich der Verkehr mit dem Essener Kohlenkontor ergeben soll. Ueber 100 Geschäftsbücher seien auf Kraftwagen fortgeführt worden.

Widerstand und Proteste der Arbeiter

Auf der zur Guten Hoffnungshütte gehörenden Zechen Sterkrade fuhren von der Mittagschicht 800, von der Abendchicht 250 Mann nicht ein, weil auf dem Zechenplatz ein Wagenpark belgischer Truppen aufgeföhren war und 3 belgische Kompagnien in der Nähe der Zechen einrückten.

Lauf „West. Posten“ wurden von den Franzosen statt vier Rotterden bei Roddinghausen angeführt der drohenden Haltung der Bergarbeiter nur eine beschlagnahmt.

Der Gesamtbetriebsrat der staatlichen Gruben hat, wie die B. P. R. melden, aus Anlaß der Beschlagnahme staatlicher Bergwerke am Freitag nachmittag eine Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, eine Kommission aus 4 Arbeitern und einem Angehörigen heute (Samstag) zum General Degoutte zu entsenden. Die Kommission soll den in einer Entschließung niedergelegten Protest gegen den französisch-belgischen Gewaltakt zur Kenntnis bringen und die sofortige Freilassung der verhafteten Beamten und Angehörigen, die Entsendung der Truppen von den Zechen und die Aufhebung der Beschlagnahme fordern. Die Entschließung soll in sehr scharfem Tone gehalten sein. Der Gesamtbetriebsrat hält sich alle weiteren Schritte für den Fall der Ablehnung vor.

Die Kontrolle und Erfassung der Kohle

In Ergänzung der gestrigen Mitteilungen über die Lage im Ruhrgebiet berichtet die „Kölnische Volkszeitg.“, daß die Franzosen ein neues umfangreiches System zur Kontrolle und Erfassung der Kohle auf der Eisenbahn einzuföhren gedenken. Auf einer Reihe von großen Bahnhöfen wie Essen, Duisburg, Dortmund, Roddinghausen und Bochum werden ein bis zwei Kontrollgruppen eingesetzt, die aus je einem Offizier, einem technischen Beamten mit Personal und einer größeren Anzahl Soldaten bestehen. Diese haben die Aufgabe, die Güterzüge anzuhalten und die Kohlenwagen auszuladern zu lassen. Die Güterzüge werden verlastet, wolle die Franzosen in den nächsten Tagen die Dampfer und Besatzer der größeren Bahnhöfe durch französische Beamte ersetzen.

Obwohl die französische Besatzungsbehörde die Befolgung des Befehls des Reichsverkehrsministers verboten hatte, monach den Eisenbahnern untersagt wird, bei der Verladung von Brennstoffen nach Frankreich und Belgien mitzuwirken, haben die Organisationen der Eisenbahner, Beamten und Angestellten in einer heute abgehaltenen Konferenz in Essen beschlossen, sich streng an die Weisungen des Reichsverkehrsministers zu halten. Es sind Bahren noch bei einzelnen Stationen unterwegs, um diesen Befehl bekannt zu geben.

Ein Koksaustrittsverbot

Wie der „Köln. Anz.“ aus Roddinghausen mitteilt wird, ist durch die Besetzung der Leitung und der Arbeiter der Zechen der Verkehr mit Koks in Buer, Koks nach Frankreich zu schicken, von den Franzosen verboten worden, den Koks anderweitig zu verschicken. Auch wurde verboten, den Koks aus Buer zu führen. Auf die Frage, was dann geschehen solle, wenn der Koks nicht abgeholt werden dürfe, hätten die Franzosen erwidert, man solle den Koks in den Ofen legen lassen, wenn dabei auch die Koksöfen zum Teufel gingen.

Weder eine Bluttat

Langendreez, 20. Jan. Gestern abend 9 Uhr wurde auf dem Heimweg der Krankenpfleger Komarsky vor dem Amtsgerichtsgebäude in Langendreez von einem französischen Wachtposten erschossen. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Tagu wird noch gemeldet: Der Erschossene ging gerade auf das Amtsgerichtsgebäude zu, als ihn ein französischer Posten anrief und, ohne Antwort abzuwarten, Feuer gab. Der Bürgermeister von Langendreez hat sofort den französischen Obersten aufgesucht und unter Protest darauf hingewiesen, daß ein einzelner mehrerer Mensch ohne jeden Grund von einem französischen Soldaten erschossen worden sei. Die Antwort des Obersten war, daß der Soldat richtig gehandelt habe.

Schüsse auf Bergarbeiter

In der Eisenbahnstraße hörte auf dem Wege nach Altenhorst wurden gestern abend beim Heimgang von der Schicht Bergleute von der Zechen Robert von dem dort stehenden französischen Posten beschossen. Nach einem kurzen Anruf auf Franzisch feuerte der Posten 6 Schüsse ab. Ob jemand getroffen wurde, läßt sich noch nicht schließen, da noch nicht alle Bergleute zurückgekehrt sind.

Die Beerdigung des in Bochum von den Franzosen erschossenen Arbeiters fand gestern unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung ohne Zwischenfall statt.

Mit Reitpfeifen gegen deutsche Beamte!

Berlin, 20. Jan. (Eig. Ber.) In Buer und Gladbeck wurden gestern deutsche Schutzpolizeibeamte bei Ausübung ihres Dienstes von französischem Militär mit der Reitpfeife geschlagen. Von deutscher Seite wurde bei der französischen Behörde wegen dieser Behandlung Vernehmung eingeleitet und Genaugtuung innerhalb drei Tagen gefordert.

Weygand und Joch

Die Ernennung des Generals Weygand zum Nachfolger Degouttes als Oberbefehlshaber für die französische Ruhraktion wird in Berliner politischen Kreisen als eine erneute Bejahung des rein politischen Charakters der Ruhrbesetzung angesehen. Die Ernennung Weygands bedeute eine Verschärfung der Lage und -wie daraus zu schließen, daß Poincaré beabsichtigt, die militärischen Maßnahmen noch weiter auszubehnen. Mehrere Blätter berichten, daß Marschall Joch heute im Ruhrgebiet eintrifft wird.

Verurteilung des verhafteten Schupobeamten

Der in Essen verhaftete Schupobeamte wurde zu insgesamt 10 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er sich gemeldet hatte, einen französischen Offizier zu treffen. Die französische Behörde verweigert jede weitere Auskunft.

Düren, 20. Jan. Aus Grom über die Rot des Vaterlandes hat sich hier ein 20 Jahre alter Kaufmann aus Düren im Hindenburg-Lor erschossen. Er war im Kriege mehrmals verwundet worden.

Rückblick und Vorschau

Wenn französische Generale Politik treiben! - Joch und Weygand - Die deutsche Wirtschaftswirtschaft - Stinnes' englische Kreditaktion. - Die Entschuldigungsfrage für England.

Aus der Zeit des französischen Direktoriums stammt folgende charakteristische Skizze: „Es gibt Generale, es gibt auch ruhmbegehrige Generale, es gibt herner politische Generale, die ruhmbegehrig sind, allen voran aber stehen ruhmbegehrige, politische französische Generale!“ Das Beispiel des großen Napoleon hat in der französischen Armee auf die Soldaten ansehnlich und auch für die Offiziere in der Regel vorbildlich gewirkt. Verberlich war es aber stets für die Generalität, weil sie fast immer der Gefahr unterlag, nach genügender Anhäufung persönlicher Glorie das Feldlager mit dem glatten Parkett der Politik zu vertauschen, um auch dort Erfolge zu erringen. In Frankreich sind siegreiche Generale gefährliche Konkurrenten, französische Generale wolle sich fühlen sich durcheinander als Thurenes und Napoleone, aber auch als Richelieu, Colbert und Talleyrands. Aus der neueren Geschichte Frankreichs sei nur auf die Namen eines Mac Mahon und Boulanger verwiesen.

Es mag im heutigen Frankreich manchen aufrichtigen und ehrlichen Republikaner geben, der den wachsenden Ruhm „Siegreicher“ französischer Generale mit Besorgnis zusieht. Unter den neuen Marschällen Frankreichs hat nun Joch stets auch im politischen Sinn eine Rolle infolge gespielt, als er die causa moerens hinter Clemenceau und Poincaré gemessen war und auch heute noch ist. Aus den gelegentlichen Veröffentlichungen englischer, amerikanischer und italienischer Staatsmänner über die Friedensverhandlungen in Versailles geht deutlich hervor, wie Frankreichs Pläne nach dem linken Rheinufer immer wieder auf Veranlassung von Joch in die Debatte geworfen wurden. Als sie dann, namentlich auf Betreiben Englands, verworfen wurden, zog sich der zweite „Sieger von der Marne“ für eine Weile großartig zurück, bis er mit der Rückkehr Poincarés auf den Sessel des Ministerpräsidenten wieder mehr in den politischen Vordergrund trat. Joch war es, der die Abberufung Briands aus Cannes betrieb, unter seinem Vorhug arbeiteten die verschiedenen Sachverständigenkomitees die politischen Grundlagen der Annexions- und Zerstückelungspläne Deutschlands aus. Unter seiner geistigen Leitung und Anfeuerung entwarf die Generalität die Pläne zur Besetzung des Ruhrgebiets und noch einiger weiteren Teile Deutschlands, und seine Ideen sind auch in jenen Offizieren mächtig, die heute als Organisatoren der Polen, Litauern, Rumänen und sonstiger der Politik Frankreichs ergebenden Anhänger tätig sind.

Jochs rechte Hand ist der General Weygand, der trotz seiner ungemäßigten deutschen Herkunft von den Vorkriegern her sich heute zu einem der allerschlimmsten Deutschen her entwickelt hat und dabei von dem brennenden Ehrgeiz befeuert ist, seinem Ruhm als Generalstabchef Jochs und „Organisator des Sieges“ den der politischen Führerpersönlichkeit beizulegen. Nachdem nun der für die verschiedensten Zwischenfälle zum mindesten formal verantwortliche General Degoutte, der „Eroberer von Frankfurt“, seinen Platz in General Weygand hat abtreten müssen, entschließt sich die ganze Ruhraktion der Franzosen und Belgier endlich als das, was sie von vornherein war und worüber noch so rabulistische Rechtsauslegungen Poincarés nicht mehr hinwegtäuschen können, nämlich als eine politische Aktion mit ausschließlich politischen Zielen. Wer spricht heute noch von den Angelegenheiten? Im ganzen sind 40 Techniker im Ruhrgebiet einetroffen und auf jeden einzelnen von ihnen entfallen über 1000 Mann Infanterie und Kavallerie, sowie eine Batterie, 5 Flugzeuge und 3 Tanks, so daß die Rückfrage wohl berechtigt ist, ob die französischen Techniker sich so fürchten, daß sie ein solches Aufgebot von militärischem Schutz benötigen, um ihre angeblich „friedlichen Aufgaben“ durchzuführen? Heute haben die politischen Generale im Ruhrgebiet das Wort, und sie sind es, die Poincaré auf den Bahnen vorwärts treiben, die Frankreich immer mehr aus dem bis daher noch verhältnismäßig eng geschlossenen Kreis der Entente hinausführen.

Auch an Poincaré bewahrt sich das Geheiß-Wort: „Das Erste steht und fest, beim Zweiten sind wir Anrecht“. Von dem Augenblick der Ruhrüberbreitung an, gibt es jetzt für Frankreich kein Zurück mehr, es sei denn unter außerordentlichem Verzichtgeverwilt nach außen und der Gefahr des Unterganges im Innern. Einem Napoleon wäre wohl die Kraft und die politische Intelligenz zuzutrauen, um die durch Schalla und Charzbid bedrohte Durchsicht dennoch zu erzwingen. Aber Poincaré ist weder der geniale Gewaltmensch, wie es der erste französische Kaiser war, noch der raffinierte Diplomat, als den sich besonders der dritte Napoleon erwies. Vor allem zeigt es sich jetzt schon, daß die politische Einstellung der Franzosen auf die deutsche Widerstandskraft vollkommenen abwegig gewesen ist. Sie hat namentlich die völlig unerwartete Einigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Auge gebracht und es ist geradezu lammervoll lächerlich, wenn die Franzosen nunmehr versuchen, mit Hilfe von Helfhänden und billigen Krügen den Zwietrachtsteil zwischen jene zu treiben. Die militärische Gegenwehr Deutschlands konnte durch den Friedensvertrag unterbunden und fast unmöglich gemacht werden. (Wegen Eingriffe und Grenzverletzungen aus dem Osten werden wir uns jedoch energisch zur Wehr sehen.) Wollig unerwartet kommt aber dem französischen Annexionsmilitarismus nunmehr die passive deutsche Wirtschaftsinheitsfront, die unter Führung von Stinnes, Thyssen und Krupp gigantische Formen anzunehmen sich anschiebt. Nimmt man dazu die für den deutschen Beamten selbstverständliche Treue und Pflichterfüllung gegenüber den Anweisungen der eigenen Behörden, weiter den offenen und verdeckten Widerstand der Arbeiterschaft und mit ihr der gesamten Bevölkerung, so haben die Franzosen auf allen Seiten auf unüberwindliche Schwierigkeiten, gegen die die Maßnahmen gegen Kohlenzüge und Röhren Banken und Häfen, Wälder und Schafherden, Ballastmitteln sind, von denen der Markt so schön sagt, daß sie untaugliche Mittel am untauglichsten Objekt sind.

Wie weit die völlige Geistesverwirrung der Franzosen bereits gediehen ist, zeigt sich an der Verhaftung der Zechenbesitzer und in der in der französischen Presse bereits erfolgten Erörterung der Strofen für die Widerpassigen. Wie wirkt doch gegenüber solcher brutaler Ermahnung die Haltung der deutschen Zechenbesitzer wie ein Akkor aus fernem Logen, als man den Roman Deutscher mit Stolz bekannet! Deshalb gebietet den aufrechten Männern im Ruhrgebiet der Dank des ganzen Volkes; denn sie haben doch diesen von uns den Glauben an deutsche Würde zurückgegeben, die in den 4 Jahren nach dem Friedensschluß schon fast ganz verlohnen zu sein schien. Deshalb bedürfen sie auch die Unterstützung aller Deutschen; denn, wenn sie etwa schwach würden, würden auch wir die schlimmen Folgen zu tragen haben. Bleiben aber sie und wir

mit ihnen stark, so dürfen wir auch fernhin die Hoffnung im Herzen tragen, daß unserm Trost und unserer Kraft gelingt, der Gewalt zu trotzen.

Bolshewes Zollhauspolitik hat merkwürdigerweise in der diplomatischen Welt noch nicht jene Echo gefunden, was nicht nur wir allein erwartet haben. Nach dem mehr oder minder pflaumenweichen Verhalten der englischen und amerikanischen Regierung, die offensichtlich gegenständig auf eine Intervention warten und den mehr oder minder räppischen Versuchen Russlands, so etwas wie ein neuer Alexander zu werden, der den gordischen Knoten der Reparationsfrage mit einem Schlag durchhaut, ist die überaus scharfe Verurteilung der Ruhrrebellion durch Lloyd George, das erste Zeichen selbständiger Kritik aus England. Man darf allerdings nicht vergessen, daß Lloyd George heute nicht mehr der allgemaltige englische Ministerpräsident, sondern nur ein einfacher Abgeordneter und der Führer einer kleinen Oppositionspartei ist. Aber, noch hat sein Name und sein Wort Klang genug in der politischen Welt, als daß er gänzlich überhört werden könnte. Immer näher rückt auch für England die entscheidende Stunde, wo es sich endlich entscheiden muß, überhaupt etwas zu tun. Mit der Politik des Abwartens allein wird weder die Reparations- noch die Orientierungsfrage gelöst. Hinzu kommt, daß das, was sich in Russland vorbereitet, hinter einem unübersichtlichen Vorhang verborgen bleibt. Es ist das offensichtlichste Ziel der russischen Politik, Sowjetrußland, das neuerdings gegen Frankreich eine überaus robuste Sprache führt, aus seiner bisherigen Zurückhaltung herauszulassen, um endlich zu wissen, woran es ist. Gegenüber der, namentlich von Lord Derby vertretenen französischen Orientierung der englischen Politik sind es einflussreiche Kreise der Politik, Diplomatie und Handelswelt, die für einen wirtschaftlichen Dreieck und England-Deutschland-Rußland plädieren. Die Vorbedingung dazu ist allerdings die scharfe Frontstellung gegen Frankreich.

In diesem Zusammenhang betrachtet, ist die Gewährung eines großen englischen Kollaterals an Stinnes von besonderer Bedeutung. Da wir natürlich mit unserem obigen zerrütteten Papier nichts mehr zahlen können, auf der anderen Seite England die Form des Clearing-Kredits vorgeschlagen hat, ist man auf den Ausweg verfallen, daß Stinnes den Verkauf der mit englischer Rohle hergestellten Fabrikate in der ganzen Welt übernimmt und die auf diese Weise erzielten Devisen zur Abgeltung des englischen Kollaterals verwenden. Darin liegt nicht nur ein großartiges Vertrauensvotum Englands für die deutsche Wirtschaft, sondern es flüchtigt sich darin der Anfang einer neuen umgekehrten Kontinentalperre Englands gegen Frankreich an, ein wirtschaftliches Stadium, das der höchsten Beachtung wert ist. Hüten wir uns freilich auch hier vor allzu lautönender Zukunftsmusik. Aber eines kristallisiert sich doch immer klarer heraus, daß Pazifismus und Sozialismus trotz der Millionenheeren ihrer Anhänger heute weniger denn je imstande sind, politische Krisen zu lösen, sondern daß nur noch der potenzierte Kapitalismus, verbunden mit dem wachsenden Nationalgefühl der Völker die Wirtschaftsmaschine auf die rechten Geleise bringen und die politischen Krisen im friedlichen Sinne lösen kann.

Die größte Gefahr für die Verriedung Europas sind demnach die politisierenden französischen Generale, die zum Kriege drängen, weil manchem von ihnen auf der scharfen Degenspitze die Königs- oder Kaiserkrone zu winken dünkt. Die Lage ist für Frankreich auf jeden Fall gefährlich. Am Ende des Jahres steht für Frankreich unweigerlich der innere Zusammenbruch. Der Umsturz kann von den sozialen Klassen ausgehen, er kann aber auch jene in die ersten Reihen bringen, deren Hand den Degen führt und deren Stern erhobener Lorbeer krönt. Die Bahn, auf die Frankreich jetzt gedrängt worden ist, gleicht der Schneide des Rasiermessers in Dantes Hölle.

Hilfe für die Ruhrbevölkerung

Der Reichsfanzler überwies eine Spende von einer Million Mark, die ihm von einem Zustandsdeutschen zur Verfügung gestellt wurde, dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf mit der Bestimmung, daß die Summe an notleidende Arbeiterfamilien im bedrängten Gebiet verteilt werden soll.

Heber die weitere Fürsorge für die besetzten und vergerolligten Gebiete des Westens wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Landesregierungen bestrebt ist, die durch die letzten Verträge- und ökonomischen Maßnahmen der Franzosen und Belgier verschärfte wirtschaftliche Notlage ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter in den schwerbetroffenen Gebieten zu lindern. Sie hat daher mit sofortiger Wirkung die Besatzungszulage und die Zulage in den besetzten Gebieten verdoppelt.

Ein Anruf des Reichslandbauers

Der Reichslandbau und fordert in einem großen Aufruf die deutsche Landwirtschaft auf, den Volksgenossen im neudefinierten Gebiet zu helfen und freiwillige Gaben an Lebensmitteln für die bedrängte Bevölkerung im Ruhrgebiet zu sammeln. Angesichts der verhängnisvollen Lage sei es notwendig, über die gewohnte Nahrung hinaus an Nahrungsmitteln, insbesondere an Brotgetreide abzuliefern, was irgendwie entbehrlich oder erspart werden könne.

Die lachende Maske

Roman von Paul Oskar Höpfer

Copyright by J. Engelhorn's Nachf.

56) (Nachdruck verboten)

(Fortsetzung)

Hella las die Abschrift des Gutachtens mit stotternder Stimme vor. „Es wird heute abend wohl schon in allen wichtigeren Zeitungen stehen“, jagte Heinz und wuschte sich die Stirn. „In ärztlichen, in juristischen Kreisen erwartet man die Veröffentlichung mit solcher Spannung! — Natürlich wird der Zivilprozeß daraufhin noch einmal zur Verhandlung kommen, falls nicht Hoppingers Witwe freiwillig von allen Forderungen zurücktritt. Der Justizrat selbst ist ja nicht mehr rückgängig zu machen. Aber die Wahrheit ist jetzt unterwegs, die Wahrheit, — alle Welt wird sie heute abend erfahren. Ach, Thomas, Thomas — daß ich das noch erlebt hab!“

Er konnte nicht mehr an sich halten. Erlösende Tränen kamen ihm wieder. Auf den alten Sessel, den einzigen im Raum, ließ er sich niedersinken, preschte die Hände gegen die Brust und rang nach Atem. Hella hatte sich neben ihn auf das Feldbett gesetzt, stützte ihn und sprach ihm zu. „Guter Bursh — Bruderleben, lieber, tapferer Kerl!“

Nach immer hatte Thomas nicht erwidert. „Wißt du ihm nicht die Patschhand geben?“ fragte Hella mit gutmütigem Bitten. „Brummbar. Er hat sich für uns ausgerappelt. — Ach Heinz, mein Schwarm, du bist ja viel, viel besser als mein Brummbar.“

Thomas stand unterm Fenster und redete den Kopf in die Höhe. Er zerrte an seinem Halskragen. „Kann auch — nichts anderes — sagen!“ brach er mit ganz dünner Stimme hervor. „Aber ein gutes Wort für Bruderleben, Thomas! Ein Dankeschön wenigstens!“

„Nun nicht er. — Ja, Danke. Ihr — mein's gut. Beide. Aber für mich ist es nur — um so furchtbarer!“

„Thomas!“ Sie schrien es beide laut. „Um so — teuflischer!“ rang es sich keuchend aus seiner schwer arbeitenden Brust. Er riß den Kragen auf, daß die Knöpfe sprangen. Ein halb verhüllener Waischrei drang aus seiner Kehle. Wie von einem wilden Tier Klang es. „Ein Jahr zu spät! Ein Jahr zu spät! Ein Jahr zu spät!“ Mit dünner, heiserer Stimme stieß er das aus. Dann wusch er sich mit beiden Armen gegen das Fensterfenster, zerwühlte sein kurzes, struppiges Haar, schlugerte die Hände durch die breite Daufute und drohte zum blauen Himmel empor. „Ein Jahr — zu spät!“

Wie er war stürzte er dann zur Tür, riß sie auf und ließ davon.

Die Holzbeschlagnahmungen

Die von der Interalliierten Rheinlandkommission verhängte Beschlagnahme der Staats- und Gemeinbewaldungen hat in der Holzbranche eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Die Maßnahme muß sich besonders schwer für die Gemeinden fühlbar machen, da der Haushalt zum großen Teil auf dem Ertrags ihrer Forsten ruht und die nun durch die Beschlagnahme schwerste finanzielle Schäden erleidet. Wie wir erfahren, hat Regierungspräsident v. Ollingensperg beim General De Weh Vermahrung eingelegt.

Der Bürgermeister in Rülshausen ist von der Oberförsterei Rülshausen mitgeteilt worden, daß die Abfuhr des am 9. Januar mit einem Gesamterlös von 12 1/2 Millionen Mark versteigerten Stammholzes aus dem Gemeinewald vorläufig gesperrt sei. Das Stammholz ist von den Steigern bereits bezahlt und damit aus Kommunalbesitz in Privatbesitz übergegangen. Da dieses Holz demnach nach der Verordnung der Rheinlandkommission nicht von der Beschlagnahme betroffen wird, ist anzunehmen, daß es sich bei der Sperre nur um eine vorläufige Maßnahme handelt.

Beschlagnahme einer Schäferherde

Die Franzosen scheinen ihre Beschlagnahmungen sogar auf Vieh ausdehnen zu wollen. Von einer in der Nähe der elsässischen Grenze in der Südpfalz wohnende Schäferherde eines württembergischen Schäfers haben 62 Schafe über die französische Grenze. Die Franzosen haben die Tiere beschlagnahmt und sich trotz aller Vorstellungen gemüßigt, die Schafe herauszugeben.

Die Boykottbewegung gegen Franzosen und Belgier

Der Münchener Kontinentalverein hat mitgeteilt, daß er bis auf weiteres an Franzosen und Belgier keinen Unterricht erteilen wird.

Eine zahlreich besuchte Versammlung des Vereins Hamburger Importeure beschloß einstimmig, die Mitglieder des Vereins aufzufordern, Geschäfte mit französischen und belgischen Waren nicht vorzunehmen, in französischer oder belgischer Währung nicht mehr zu verrechnen und Kasseknoten, die unter französischem Einfluß liegen, in Zukunft nicht zu benutzen.

Die Beschlüsse, die gestern von den Mitgliedern des Vereins der Berliner Hotelbesitzer einstimmig gefaßt wurden, haben sich bereits praktisch ausgewirkt. Zahlreiche aus Paris eingetroffene französische Reisende haben in Berlin kein Nachtquartier gefunden. Bezeichnend ist, daß die zahlreichen Fremden ausländischer Herkunft dieses Vorgehen der Hotelbesitzer laut applaudieren. Man erwartet, daß sich der Boykott französischer Waren auch durchweg auf alle französischen Weine bezieht. In verschiedenen Verkaufsstellen der Stadt Berlin erschienen heute bereits Plakate mit der Aufschrift: An Franzosen und Belgier wird nicht verkauft, solange die Besetzung des Ruhrgebietes andauert. Es wird erstrebt, daß sich dieser Boykott auf alle Branchen erstrecken wird.

Die Kriegpropaganda der Alliierten heßt heute noch weiter

Von besonderer Seite wird uns ein Bericht der Agencia aus Mexiko mit der Bitte um Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Die Mitteilung aus Mexiko lautet:

Ein durch das Ministerium des Innern an die Gouverneure aller Bundesstaaten der Republik Mexiko geleiteter Rundschreiben des Präsidenten Ordegon verbietet für ganz Mexiko die Aufführung von Filmen, in denen in irgend einer Weise die Ehre von Nationen angegriffen oder beleidigt wird, zu denen die Regierung Mexikos freundschaftliche Beziehungen unterhält. Das Dekret verfügt zugleich, daß die Ortsbehörden anzuweisen sind, entsprechende Verordnungen für alle Theater zu erlassen, die ihrer Jurisdiktion unterstehen. Die Verfassung des Präsidenten Ordegon hat ihren unmittelbaren Anlaß in einem Gesuch des deutschen Gesandten Grafen Montgelas, es möge die Aufführung eines von der Firma „Astro-Koch“ hergestellten Drehfilms verboten werden, mit dem Titel „Was der Kaiser in seinen Memoiren vergessen hat“. Der Film wärmt die langsam bekannten Lügen und Verdrehungen der Kriegpropaganda der Alliierten auf und bedeutet eine schamlose Verhöhnung des deutschen Heeres und der deutschen Nation. Es sollte darin die nutzlose, systematische Einschüchterung französischer Kirchen durch deutsche Artillerie gezeigt werden, deutsche Soldaten fallen mit dem Bajonett über eine französische Telephonistin her, betrunkene deutsche Offiziere verewollligen anlässlich einer wüsten Orgie ein französisches Mädchen und von New York aus sendet eine verdeckte deutsche Radiostation Meldungen an deutsche Unterseeboote, die schließlich die mit einer perversten Ausdrucksweise geprägte Verlesung der „Austriana“ zur Folge haben. In seinem Antwortschreiben eröffnet Präsident Ordegon dem deutschen Grafen Montgelas, er habe nicht nur die Aufführung dieses

Films in Mexiko verboten, sondern zugleich verfügt, daß in Mexiko in Zukunft kein Film aufgeführt werden dürfe, der beleidigend für die Angehörigen irgend einer Nation sei, zu der Mexiko gute und freundschaftliche Beziehungen pflegt.

Deutsches Reich

* Der heftige Finanzminister verbleibt im Amt. Die Krise in der besetzten Regierung hat, nachdem die großen den Parteien geführten Verhandlungen noch zu keinem Abschluß gekommen waren, unter dem Eindruck der neuesten feindlichen Maßnahmen im besetzten Gebiet ein rasches Ende dadurch gefunden, daß Finanzminister Henrich auf eine erneut an ihn ergangene Anfrage sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen hat.

* Zeitungsverbote in Elsaß-Lothringen. Das Generalkommissariat hat für ganz Elsaß-Lothringen den Verkauf und die Verteilung folgender Zeitungen auf die Dauer von drei Monaten verboten: „Saarbrücker Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Ill“, „Börsische Zeitung“ und „Frankfurter Zeitung“.

* Ein kommunistischer Mann man die kommunistischen Zeitungen mit ihren Truden ist, wenn man zu dem Schluß kommen, daß die ganze R.P.D. aus lauter Idealfantasie besteht. In Wirklichkeit ist aber die Idee nach Geld nirgends so entwickelt, wie bei ihnen, und nicht ohne Grund sind bei keiner Partei die Unterschlagungen der Parteibeamten, Organisationsfunktionäre usw. so stark wie dort. Man denke nur an den jüngsten Fall, der Unterschlagung von Subwiegendener Streifgeldern. Doch die Kommunisten aber auch zu Verrätern ihrer sonst zu heiß umworbenen „Klassenangehörigen“ werden, hat sich jetzt in Halle bei der Verfolgung der Denkmalsentwürfe gezeigt. Während das kommunistische Organ in Halle während dieser Zeit als einen Akt von Hatzistenbanden darstellte, wurden der Polizei von dem Leiter dieses Organs, von dem preussischen Abg. Schuetter, Fingerzeige gegeben, um der Täter habhaft zu werden. Für die Erfassung der Attentäter waren von der Staatsanwaltschaft eine Million und von den bürgerlichen Parteien eine weitere Million ausgelegt. Es wird ferner mitgeteilt, daß die erste Million einem Ritualiede der kommunistischen Jugendorganisation zugesprochen worden sei. Eine seine Gesellschaft!

Letzte Meldungen

Der Widerstand der Bergarbeiter

Berlin, 20. Jan. (Eig. Ber.) Der Widerstand der Bergarbeiter im Ruhrgebiet verstärkt sich immer mehr. Auch die polnischen Bergarbeiter des Ruhrgebietes haben sich gestern nachmittags in einer Versammlung einstimmig dahin erklärt, daß sie sich auf die Seite ihrer deutschen Kollegen stellen wollen. Im nördlichen Westfalen, in Linen wurde das Stielwerk des dortigen Bahnhofs von französischen Soldaten mit Maschinengewehren besetzt. Die Eisenbahnbedienten haben sich daraufhin geweigert, wehrer Dienste zu tun.

Berlin, 20. Jan. (Eig. Bericht.) Die Reichsregierung wird durch ihre Geschäftsträger in Paris und Brüssel gegen jede Gewalttat, die sich gegen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung richtet und gegen jede unberechtigte Requisition usw. schärfsten und nachdrücklichsten Protest erheben.

Nachtrag zum lokalen Teil

Wochenspielplan des Nationaltheaters

- 21. Sonntag, A.M. Mit Heibelberg (S. B.-B. 13321-13470, S.-B.-B. 461-710, 2 1/2 Uhr.
22. Sonntag, D 26 Die Bobbe, 7 Uhr.
22. Montag, E 28 Der fidele Bauer (S. B.-B. 13171-13330, S.-B.-B. 8431-8500 und 726-768), 7 Uhr.
23. Dienstag, B 26 Blühe in Laß (S. B.-B. X 11101-11270 u. B 871 bis 950, S.-B.-B. 816-910 u. 1061-2025), 7 Uhr.
24. Mittwoch, C 27 Der Hosenkammer (S. B.-B. B 581-C 1200, S.-B.-B. 766-815 und 1061-1760, 7 Uhr.
25. Donnerstag, D 27 Das Wintermärchen (S. B.-B. C 1201-1350, S.-B.-B. 1111-1210), 7 Uhr.
26. Freitag, A 27 Babame Butterch 7 Uhr.
27. Sonntag, A.M. (Borrecht E) Hamlet (S. B.-B. C 1351-D 1550 und F 2601-3000, S.-B.-B. 1461-1660), 7 Uhr.
28. Sonntag, B 27 Landhäuser, 6 Uhr.
29. Montag, D 28 Die lustigen Weiber von Windsor (S.-B.-B. G 3001 bis 3250, S.-B.-B. 1761-1960), 7 Uhr.
Im Neuen Theater:
21. Sonntag, Der feuchte Lehmman, 7 1/2 Uhr.
24. Mittwoch, Der feuchte Lehmman (S. B.-B. D 1551-1850, S.-B.-B. 2026-2225), 7 1/2 Uhr.
27. Samstag, Der Geangellmann (S. B.-B. D 1851-E 2250, S.-B.-B. 1211-1410), 7 Uhr.
29. Sonntag, Im weichen Hölz (S. B.-B. E 2251-F 2650, S.-B.-B. 2226-2425), 2 1/2 Uhr.
28. Sonntag, Der feuchte Lehmman, 7 1/2 Uhr.

Hella suchte ihn noch auf der Treppe zu halten. Sie jagte ihm auf dem Bauenhof nach, hat ihn, beschwor ihn, Bernunft anzunehmen, sich kein Leids anzuhin. Er machte sich frei, warf die Bettentür der Lammbede hinter sich zu und lief zur Landstraße.

„Thomas! — Thomas!“ Sie sah sich verzweiflungsstoll um. 's Burgele hatte den Kleinen hinaufgebracht. Noch einen Blick warf sie dem Gatten nach, er hatte die Richtung zum Schloßwald eingeschlagen, dann eilte sie ins Haus zurück, erklimm klitternden Fußes die Stiege und holte Hansl aus den Armen des Rädchens, das ihn eben zur Mittagsruhe hatte niederlegen wollen.

Der Kleine war schläfrig, öffnete aber die Augen und blickte verwundert um sich.

Hella jogte mit der leichten Bürde hinter dem Flüchling her. An der Knüppelholzbrücke, die über das kleine Gebirgswasser führte, holte sie ihn ein.

„Wohin willst du, Thomas?“

„Du weißt es. Worum fragst du noch?“

„Ein Verbrechen ist an die geschehen, Thomas. Nun willst du selbst eins begehen? Einen Mord?“

„Den haben die auf dem Gewissen. Und sie tragen's ruhig.“

„Auch Richter sind nur Menschen. Sie werden jetzt den Irrtum einsehen. Die ganze Welt wird dir Sühne bieten. Thomas, die Leidenszeit ist vorbei für uns alle, — und nun willst du uns wieder ins Elend stoßen?“

Das Kind begann jämmerlich zu heulen, instinktiv, weil es die Mutter so laut und aufgeregelt sah und hörte.

„Weißt still, mein Herzblatt. Fürchte dich nicht. Er wird uns wieder gut sein!“

„Das Kind ist besser bei dir aufgehoben, als bei mir. — Und! uns doch nicht so entsehrlich, Hella. Es kann ja nicht anders sein. Es kann ja nicht...“

Mit einer müden Geste wandte er sich ab.

Da trat ihm Hella, den Jungen an sich pressend, in den Weg, sah ihn stark und drohend an und sagte: „Geh, Thomas. Ich lasse die Zeit. Wie quälst dich hier. Gut also, daß dir draußen das Herz zu befreien. Argendwo. Ich warte auf dich. Ganz geduldig will ich warten. Aber machst du mit Gewalt ein Ende, Thomas, so folgen wir dir auf demselben Weg. Wie beide folgen. Ich schwör' dir's zu. Denke daran, Thomas. — Es. Nun geh und such' Frieden mit dir.“

An der Brücke stand er noch, als sie schon wieder das Gehöft erreicht hatte.

Wie an diesem Abend das sentimentale Wiener Singpiel besuchte und das Lachen und Weinen der jungen Goubrette hörte, der staunte wohl darüber, daß die harmlose Geschichte von der „Jäger-

rosel“, die für ihren Liebsten beim alten Kaiser vorstellig wird, so tief ergreifen konnte.

Es war keine Theaterpuppe, es war ein wirklicher Mensch, der da oben auf den Brettern um das biffel Herzensglück rang und stritt.

Im zweiten Teil des Partetts, unter den „Freiberger“, sah ein junger Musiker, der sich über die trivialen Freizeitsorgen ärgerte. Forscher war's, Thomas Brandts Berliner Schüler. Er hatte die erste Saison als Kapellmeister in Heidelberg hinter sich. Als Stipendiat der Richard-Wagner-Stiftung reiste er jetzt nach Bayreuth. Sommer wieder erbat er sich von seinem Nachbar den Theaterzettel und studierte das Personverzeichnis. „Frau Hella Brandt“ spielte die Titelrolle. Es blieb kein Zweifel: es war die Frau seines „Meisters“. Ein Erbarmen ergriff ihn, als sie zu singen begann. Das war der heilige Sopran der Hella von Schott? Eine gedrohen Stimme, total ruiniert. Aber pochen konnte sie auch mit den Trümmern ihres Organs. Es schluchzte und lachte in ihren Tönen — die Uebergänge vom Lachen zum Weinen waren ein paar mal so unmerklich, so zwingend dabei, daß Forscher zu seiner tiefen Beschämung in die Hofentsehrung fahren und kein Sackstück herausziehen mußte. Er hatte bisher in seinem ganzen Musikerleben nur im dritten Akt vom „Trifan“ geweint. Und nun — in diesem Schmarren!

Aber man gebrauchte ja im ganzen Hause die Taschentücher. Das räusperte sich, schnaubte, schluchzte mehr oder minder verstohlen mit, wuschte sich die heißen Tränen von den Backen. — Und als dann die Sonnenlichter eines goldenen Humors das schmale Gesichtchen der jungen Darstellerin wieder überhüllten, als ihre Augen, in denen noch die echten, heißen Tränen standen, zu leuchten und zu blitzen anfingen, da ward's im Hause erst recht lebendig. Ein Sturm brach nach den Altischüssen los. Wieder und wieder tief man nach ihr.

Und immer trat das junge Ding schüchtern vor den Vorhang, blieb zaghaft an der Seite stehen, verbogte sich nicht, sondern nickte nur — mit einem seltsam ergreifenden Nicken — und in den hellbraunen, ein wenig ins Grünliche schimmernden Augen, die wie durch einen Tränenhülleer blickten, stand so unlagbare Trauer. —

In der Progeniumslage sah ein blonder, junger Herr mit braunem Gesicht und weißer Stirn. Der schwarze Mühenstrich, der die Teintfarben haarstarr schied, ließ den Kavallerieoffizier erkennen. Er hatte nach den ersten Szenen der Soubrette demonstrativ mitgefächelt, sich einmal, als sie nach der Loge blickte, sogar weit über die Brüstung vorgebeugt. Aber jetzt verharrete er mit verkrüppelten Armen und preschte die Lippen fest aufeinander. Er wuschte, daß viele Dornenblätter aus dem Hause sich auf ihn richteten, und wollte nicht entdecken lassen, wie tief ihn das Spiel der kleinen Frau rührte.

(Fortsetzung folgt.)

Mannheim am Wochenende

Energischer Kampf gegen Schlemmerei, Luxus und Vergnügungssucht — Hamsterei: eine Verfündigung am Volkswohl — Eine Rechtfertigung der Leitung des Gas- und Elektrizitätswerkes gegenüber den Verbrauchern

Eine Woche ist nicht einmal ein Körnchen im Sandmeer der Ewigkeit. Und doch hat sich in den verflochtenen sieben Tagen mehr ereignet, als in stillen, friedlichen Zeiten in ebensoviel Jahren. Die Belegung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier trägt zwar keinen lokalen Charakter, aber die Auswirkungen dieses die ganze Welt aufwühlenden völkerrechtswidrigen Vorgehens machen sich in der Stadt, die einer der bedeutendsten deutschen Kohlenumschlagplätze ist, so stark bemerkbar, daß ganz abgesehen von der politischen Einstellung, die katastrophalen Vorgänge im Ruhrgebiet eine wirtschaftliche Mannheimer Angelegenheit geworden sind, zumal die Beschäftigung der Kohlenarbeiter auf dem Rhein sich bis in die nächste Nähe erstreckt. Jeder Einflüßter erweist die Tragweite des französisch-belgischen Vorkalles in das deutsche Wirtschaftszentrum und sucht sich in seiner Lebensführung genau darauf einzustellen. Aber das ganze Volk in dieser Beziehung nicht unter einen Hut zu bringen ist, so hat sich die Reichsregierung im Laufe dieser Woche vordringlich gegen diejenigen Front zu machen, die nicht freiwillig dazu gebracht werden können, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Der Kampf gegen Schlemmerei und Genußsucht, von der Reichsbehörden nunmehr mit mehr Energie als früher zu führen gewillt sind, hat zu einem Rundschreiben des Reichstanzlers an die Landesregierungen Veranlassung gegeben, das in folgenden Vorlesungen gipfelt:

1. Die ausnahmslose Aufstellung des Erfordernisses, des Bedürfnisnachweises für alle Branntweinstillen, Bars usw. wird die Reueinstellung solcher Schankstätten überhaupt verhindern können.
2. Die strenge Anwendung der Entziehungsbefugnisse nach § 53 der Gewerbeordnung wird in kurzer Zeit zu einer erheblichen Verminderung an Schankstätten unerfreulicher Art führen.
3. Durch eine sehr frühe Festsetzung der Polizeistunde für gewisse Arten von Schankstätten kann dem Alkoholmißbrauch sehr wirksam entgegengetreten werden.
4. Zum Schutze der Jugendlichen werden zum Teil auf Grund des bestehenden Polizeirechtes mißbräuchliche Schankstätten geschlossen werden können.
5. Die Erlaubnis zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten wird im allgemeinen zu verweigern sein.
6. Trunkenheit ist gegenwärtig unter allen Umständen ein öffentliches Vergehen. Polizeiliches Vorgehen, das ein solches Vergehen abstellen will, muß streng und rücksichtslos sein.

Wit voller Berechtigung wird zur Begründung dieser Maßnahmen ausgeführt, daß die Reichsregierung es als eine Herausforderung aller Mitbürger annehmen muß, wenn immer noch Schlemmerei, Genußsucht und Alkoholmißbrauch sich breit machen. Es sei notwendig, daß dem Staat, dem Reich und den Ländern mit aller Kraft dagegen vorgegangen werde, wenn der Staat sich nicht selbst als ein lächerlicher Begriff aufgeben wolle. Die Abhilfe der Reichsregierung zu diesem Vorhaben habe in der jüngsten Zukunft bei den Leitern der Regierungen und der Länder die rücksichtslose Zustimmung der Volkvertretungen gefunden. Presse und öffentliche Meinung stellen sich auf den gleichen Standpunkt. Es sei deshalb Zeit, zur Tat zu schreiten. Die Reichsregierung hat dem Reichsrat außer dem Entwurf eines Gesetzes über den Verkauf mit Abkühlung der Getränke ein Gesetz über die Entziehungsbefugnisse vorgelegt. Der erste Entwurf soll die Einbürgerung eines gesundheitswidrigen, deutscher Art fremden Genußmittels rücksichtslos untersagen, der zweite dem Landesbehörden starke Handhaben zur Regelung des Schankstättenwesens und zur Bekämpfung von Mißständen geben, insbesondere die Befugnis zur Entziehung der Schankerelaubnis erweitern und die Abgabe geistiger Getränke an Jugendliche verbieten.

Die Reichsregierung erhofft eine eilige Beratung des Gesetzesentwurfes. Doch kann und braucht, so wird in der Begründung weiter ausgeführt, mit einem kräftigen Vorgehen gegen öffentliche Mißstände nicht bis dahin gewartet zu werden. Die schon bestehenden Gesetze geben hierzu Handhaben, wenn schon diese zum Teil nicht genügen und nur mit unzureichenden Strafbestimmungen ausgestattet sind. Worauf es zunächst ankommt, ist daher wenigstens, daß ein starker Wille zu ihrer Anwendung überall und bei allen hierzu befähigten Behörden und Beamten der Staatsobermacht und der Selbstverwaltung sich rücksichtslos durchsetzt. Die Regierungen der Länder werden deshalb ersucht, alle beteiligten Behörden und Beamten mit entsprechenden Weisungen je nach dem Stande ihrer Befehlsgewalt zu versehen.

Zur Begründung des behördlichen Vorkalles gegen alle Ausschüßel im öffentlichen und privaten Leben, die schon lange Vergehen erzeugen, wird vom Reichstanzler in sehr treffender Weise ausgeführt: Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß die wirksamste Abhilfe gegenüber solchen Mißständen aus dem Volke selbst kommen muß. Weit über das Gebiet der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs hinaus muß sich unser Volk in allen Kreisen, denjenigen sowohl, die ein Vermögen ererbten oder

erworben, wie in denen, die ohne Vermögen schweren Tages Sorgen gegenüberstehen, in einheitlicher, enger und würdiger Auffassung zusammenfinden. Es muß die politische Bekämpfung von Mißständen nicht nur ertragen, sondern muß sie selbst tragen als aus dem Willen des Volkes hervorgegangene Maßnahmen, wobei die Regierung lediglich Vollzugsorgan gemeinsamer Forderungen des ganzen Volkes ist. Damit soll nicht etwa der Verzicht auf die Freude gefordert werden. Das deutsche Volk, namentlich unsere Jugend, hat das Recht auf Freude. Aber sie soll in würdiger Weise gesucht und gefunden werden. Leibesübungen und Sport jeder Art sowie die Einteilung bei den Gesselschaften aller deutschen Kultur sind heute noch auch Unbemittelten leicht möglich. Es sollte zum nicht geschriebenen, aber desto stärker wirkenden Gesetz werden, daß auch da, wo das Gesetz und die Polizei nicht eingreifen können und wollen, nämlich im privaten Leben, Luxus und Schlemmerei aufgegeben werden. Danach zu handeln, muß als vaterländisch gelten, dagegen zu verstoßen als ein Verstoß gegen den Ernst der Zeit überall gebührend zu werden.

Die deutschen Frauen sollten sich freibewähren von Schmutz und Laub. Die deutschen Männer, vor allem die Jugend, sollten sich Maß und Einschränkung auferlegen, wie im Genuß des Alkohols so auch im Genuß des Tabaks in einer Zeit, da viele ihr letztes Vermögen hergeben müssen, um ihr Leben zu retten. Alle irgendwie erheblichen Mittel, insbesondere, was bisher für Luxus und Gesselschaften ausgegeben wurde, sollten der Fürsorge für Kinderbarmittel und arme sowie der Fürsorge für die öffentliche Bildung und anderen gemeinnützigen Zwecken zuzuführen. Auch öffentlichen Anstalten und Unsauberkeiten, die in Theater, Lustbarkeiten und auch sonst häufig ausländische Herkunft zur Schau tragen, vielfach sich breit machen, wird so am stärksten aus der besseren sittlichen Auffassung unseres Volkes, besonders auch unserer Jugend, entgegenzuwirken werden, die Genußsucht größtenteils solche Mißbräuchlichkeiten abtut. Verbinden sich die führenden Kreise unseres öffentlichen Lebens, sowie von Gesselschaft, Presse und Wirtschaft in solcher Auffassung zu stillen Bünde, so werden sie damit die ausländische Bestimmung stärken, Schmutz beseitigen und unwürdigen Tendenzen auf der Wege der gesellschaftlichen Sitten zurückweisen und führen zu dem Ziele, daß unser öffentliches Leben wieder rein und deutsch wird.

Gedenket der hungernden Vögel

die bei Schnee nur mühsam ihre Nahrung finden und dem Verhungern ausgehehrt sind, wenn sich die Menschen durch Streuen von Futter ihrer nicht annehmen.

Man kann jeden Sach als durchaus zureichend und einleuchtend unterstellen. Mannheim ist nicht von denjenigen Großstädten ausgenommen, in denen sich die vom Reichstanzler gerügten Mißstände schon allzu lange breit machen. Wenn sich gewisse Kreise, zu denen wir vor allem diejenigen Jugendlichen zählen, die finanziell den allzu großen Verdienst vergewenden, nicht freiwillig den behördlichen Anordnungen und Maßnahmen fügen, dann muß härtere, strengere Maßnahmen getroffen werden. Für alle Mißbräuchlichkeiten hierbei die Pflicht, die Vollzugsorgane tatkräftig und energisch zu unterstützen. Es ist zu begrüßen, daß der Reichstanzler ausdrücklich betont, daß der Jugend das Recht auf Freude nicht genommen werden soll. Damit wird ausgeblendet, daß man das Kind nicht mit dem Bode verschütten will. Die harmlosen Freuden dürfen der Jugend nicht verweigert werden. Wir haben das Vertrauen, daß die Grenze da, wo die Harmlosigkeit aufhört, klar gezogen wird. Sehr beachtenswert ist das Mahnwort des Reichstanzlers an die deutschen Frauen. Es gibt leider nur allzu viele Frauen und Mädchen, die ihre Tagesaufgabe darin erblicken, in der „äußeren Aufmachung“ der Wittwen der Rang abzulassen, es gibt aber auch ebenso viele, die lieber barben, als auf Florstrümpfe und Seidenkleid verzichten. Wer zu beobachten versteht, der wird uns recht geben, wenn wir sagen, daß der Luxus, der selbst an Wochentagen durch die Straßen getragen wird, schon lange in keinem Verhältnis zu der Not und Elend steht, das in immer weiteren Kreisen der Mannheimer Bevölkerung dringt.

Zu der völlig falschen Einstellung auf die durch die entsetzliche Not der Gegenwart diktierte Lebensführung gehört weiter die Hamsterei, die seit Wochenbeginn getrieben wird und in den letzten Tagen geradezu beängstigende Formen angenommen hat. Wohnungen zur Verknüpfung sind erfolglos. Wir haben bisher darauf verzichtet, unsere warnende Stimme zu erheben, weil sie nicht zu denjenigen dringt, die sich von der Kaufkraft willenslos an einer Massenpsychose beteiligen, mitreißend losen. Der Einzelhandel rationalisiert. Aber wenn es so weiter geht, dann hilft auch dies nicht viel. In einigen Tagen werden nicht nur die Lebensmittel, sondern auch die Textilwaren- und sonstigen Geschäfte ausverkauft sein. Auffallend stark macht sich die Land- und Viehwirtschaft

und die Viehwirtschaft. Man sieht ihn in die eigenen Gefühle um, begleitet den Betrag der Rechnung, die vom „Mondstein“ ausgestellt ist, und die Kassantin führt auf demselben Wege nach dem Gebühre zurück, das ein alkoholfreies Getränk zu sein scheint. Man könnte vielleicht „vergessen“, das Geld in die Satteltasche zu stecken. Ein zweites Mal wird mancher nicht so vergeblich sein, denn bei dem nächsten Besuch hat man alle Aussicht, aus dem nahen Gebühre von unsichtbaren Gewalten daran erinnert zu werden.

In eine hübsche Stadt kam vor noch nicht langer Zeit ein Farmer mit einem Ballen Baumwolle. Obwohl es erdärmliche Baumwolle war, verlangte er einen unerhöht hohen Preis. „Well, wenn Sie meinen Preis nicht zahlen wollen, nehme ich Sie wieder mit nach Hause“, sagte der Baumwollplanzer. „Ich zahle Ihren Preis“, antwortete der zaudernde Käufer, den der Planzer in der Zwischenzeit angeblickt hatte. Er nahm seinen „Ballen“ unter den Arm, es war ein Ballen Mondstein-Whisky und zwar vom allerbesten; die Sorte, die man auf manchen amerikanischen Golfplätzen findet, wenn man um das neunzehnte Loch spielt. Wer von einem amerikanischen Golfspieler je aufgefordert wird, mit ihm um das „Neunzehnte“ zu spielen, wird das als großer Mann annehmen. Es bedeutet einen „Trunk“, „Scotch“ oder vielleicht sogar einen amerikanischen „Moonshine“. Das neunzehnte Loch ist — die Schnapsflasche!

Nicht jeder Rodak in Amerika ist ein Photographiergenosse. Es gibt Rodaks, die enthalten eine Flasche, die automatisch von ihrem Inhalt hergibt, wenn man auf den Gummiball oder auf einen Knopf drückt. Vor einiger Zeit wurde ein auffallend großer Anzahl Golfbälle von Kanada nach Amerika ausgeführt und eine nicht minder große Menge von den Staaten nach Kanada geliefert. Eines Tages wollte es nun das Unglück, daß eine Sendung Golfbälle während des Verlandes zertrümmert wurde und zwar war es eine Ladung die von Canada herüberkam. Jeder Golfball enthielt einen Schuß Whisky. Die umgeborenen nach Kanada gelieferten Golfbälle waren „verruht“ und wurden stets zurückgeschickt, um frisch gefüllt zu werden.

Im Westen liefert eine bekannte Weinstirma ein Getränk, das sich in den Grenzen des Erlaubten hält, da es nur einprozentig ist. Auf jeder Flasche ist ausführlich dargelegt, daß der Käufer ernste Gefahr läuft, den Alkoholgehalt des Getränkes zu erhöhen, wenn er es an einem heißen Ort unterbringt. Bei Erhaltung steigt nämlich der Alkoholgehalt auf 17 Prozent und das — laut der gewissenhafte Fabrikant — verstoßt gegen die Befehle. Es erwidert sich wohl, zu betonen, daß der weitaus größte Teil dieses einprozentigen Weines einen tüchtigen Keller niemals sieht. Dann gibt es noch einen höchst auffälligen Brauer, der auch sagt, daß sein einprozentiges Bier sich innerhalb des Befehles hält, aber daß es, wenn man eine halbe Tafel Bitterbrot beifügt, 8 Prozent erhöht wird und diese natürlich eine Gefesesser-

bemerkbar. Wenn man sieht, daß Hunderttausende bei einem einzigen Einkauf auf das Jahrbrett gelegt werden, dann merkt man erst, wo die Papierseine aufgehäuft sind. In der jüngsten Sitzung der Preisprüfungskommission ist mit Recht der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, daß durch die gewissenlose Hamsterei die Versorgung derjenigen Teile der Bevölkerung schwer gefährdet wird, die nicht in der Lage waren, Tausend- und Zehntausend-Marktscheine bündelweise für den geeigneten Moment aufzusparen. Es ist deshalb eine sittliche Pflicht, der Hamsterei überall dort mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu begegnen, wo sie zu einer Schädigung der Volkswirtschaft führt und damit die moralische Einheitsfront gefährdet, die wir mehr denn je zum Durchhalten brauchen.

Auf kommunalpolitischem Gebiet war die zu Ende gehende Woche auffallend still. Aus der Stadtverwaltung drang von den allgemeiner interessierenden Dingen nur die Kunde, daß der Straßenbahnverkehr Anfang Februar wieder erhöht werden muß. Wir haben das Rätige dazu bereits gesagt. Das Gas- und Elektrizitätswerk, auf das sich allmählich die Aufmerksamkeit der Bürgerschaft konzentriert, gibt weiter Veranlassung zu abfälliger Kritik, weil die Dezemberrechnungen wohl nunmehr im Besitze aller Verbraucher sind. Der Widerstand gegen den Dezemberaufschlag ist so stark, daß die Direktion des Gas- und Elektrizitätswerkes in vielen Fällen mit der Abrechnung rechnen muß. Die Direktion spricht in einer längeren Rede, die sie heute zuging, von der sogenannten Vorauszahlung, weil sie auf dem Standpunkt steht, daß sie berechtigt ist, Vorauszahlung bei Lieferung zu verlangen. Wenn sie diese Forderung erhebt, dann muß sie aber auch dafür sorgen, daß der Uebergang zur Vorauszahlung nicht in so scharfer Form erfolgt, wie es hier der Fall ist. Wenn mit dem heutigen Tage in Mannheim ein privates Gas- und Elektrizitätswerk die Lieferung aufnehmen würde, so wäre die Stadtverwaltung sehr wohl auf Eigenverbrauch beschränkt, denn die Empörung über das Vorgehen der Leitung des städtischen Monopolbetriebs ist so groß, daß der Konkurrenz die Gas- und Stromverbraucher in Massen zuströmen würden.

Man versucht viel zu spät die Verbraucher umzustimmen, ihnen klar zu machen, daß die „sogenannte“ Vorauszahlung lediglich eine Barzahlung, in vielen Fällen sogar nur eine teilweise Barzahlung ist. Wenn die Direktion verlangt, daß die Bürgerchaft die neue Erhebungsart untersteht, dann hätte sie von vornherein besser aufklärend wirken und die Vorauszahlung geförderter verteilen müssen. Andere Städte geben viel vorzüglicher und einflussvoller vor. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der reguläre Gas- und Strompreis ohnehin ungewöhnlich hoch ist. Einmalig z. B. erhebt jetzt erst 20 Mark für die Kilowattstunde Lichtstrom. Bei einem derartigen Preis kann man sich schon über einen Aufschlag gefaselt lassen. Dazu kommt, daß die Dezember-Vorauszahlung nicht etwa auf den Verbrauch im nächsten Monat eingerechnet wird, sondern wie der Novemberaufschlag als unvergütliches Darlehen betrachtet wird, das in vielen Fällen erst dann zurückgezahlt wird, wenn der Verbraucher wegnicht oder stirbt. Die meisten Gas- und Strombezieher sind wirklich nicht in der Lage, die Beträge, die von ihnen verlangt werden, zu bezahlen. Der gute Wille allein genügt

nicht. Es muß die finanzielle Möglichkeit dazu vorhanden sein. Die Rechtfertigung schießt: „Die früher geübte Zahlungsweise, nach der der Verbrauch erst 5—8 Wochen nachher bezahlt wurde, läßt sich bei dem jetzigen Mangel an Geldmitteln nicht mehr aufrechterhalten. Der Geldbedarf der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke wird von Monat zu Monat ein größerer. Er kann nur durch Vorauszahlung seitens der Verbraucher gedeckt werden. Geben die angeforderten Beträge nicht rechtzeitig ein, so wird eine Stockung in der Gas- und Stromlieferung unvermeidlich sein. Es handelt sich also darum, ob die Verbraucher ein Interesse an der ungehinderten Aufrechterhaltung der Betriebe haben, oder ob sie auf Gas und Strom verzichten können.“ Mit diesen Bemerkungen wird dem Verbraucher die Verantwortung für die ungehinderte Aufrechterhaltung der Betriebe zugesprochen. Wir bedanken uns dafür. Der Verbraucher, nicht der Verbraucher, hat die Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie er aus den Schwierigkeiten herauskommt. Bei besserer Bereitschaft, größerer Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit des Verwaltungsapparates hätten diese Schwierigkeiten nicht den heutigen Umfang annehmen können. Es geht nicht an, die Verbraucher darunter leiden zu lassen. Sch.

Städtische Nachrichten

Gedenktage der Woche

- 21. 1851 Albert Vorhing † — 1872 Franz Grillparzer † — 22. 1729 Lessing † — 23. 1922 Arthur Niksch † — 24. 1883 Friedrich von Flotow † — 22. 1898 Vincenz Wagner † — 24. 1891 Karl Stauffer-Bern †.

Reicher Schneefall

wird aus allen Teilen des badischen Landes gemeldet. Im ganzen Mannheimer Bezirk liegt der Schnee ziemlich hoch, so daß vielfach mit dem fogen. Bohndschitten die Straßen freigegeben werden mußten. Der Himmel war den ganzen Tag über mit unbedinglichen weiß herabhängenden Schneewolken bedeckt, von denen die Schneeflocken bald unaußerlich herunterrieselten. Die badische Landeswetterwarte gibt folgenden Witterungsbericht aus:

In der letzten Berichtswache stand Deutschland vorwiegend unter dem Einfluß eines Hochdruckgebietes über dem westlichen

Teilung wäre. Daß die Käufer sich diesen Tip dienen lassen, ist wohl selbstverständlich, denn es gibt kein Gesetz, das den Verkauf von Heftstrahler macht.

Es ist auch kein ungewöhnliches Vorkommnis, daß während eines Dinners die junge hübsche Illydams ein kleines Flöten mit ein aus ihrer Tasche hervorholt, zuweilen sogar aus der dinstenden Hülle ihres Seidenstrümpfes. Viele Herren verlangen von ihren Schneibern, daß sie die Anzüge mit einer sogenannten „Plasentalche“ versehen. Des weitern tragen manche Amerikaner etwas spazieren, was dem Aussehen nach ein kleines Buch in Wirklichkeit aber ein hübsches Schnapsfläschchen ist, das vier Fläschchen enthält. Fröstelt man in einer Diale dem Schimmel und bestreift eine Orangade, so erhöht man einen ausgezeichneten Cocktail vorgelegt!

Es ist sogar soweit gekommen, daß ein angetrankener Amerikaner nicht ein Gegenstand der Beachtung ist, sondern man ihn mit Neid und Interesse betrachtet. Man nimmt seinen Schwips gar nicht an, sondern ist lediglich interessiert, zu wissen, wie er dazu gekommen ist.

Seit dem Erlaß des sogenannten Volkstheatersgesetzes (Volkstheater ist Vorzugsrecht für Minnepossa) gegen die Einfuhr von geistigen Getränken in die Vereinigten Staaten blüht selbstverständlich der Alkoholhummel an den langgestreckten mexikanischen und kanadischen Grenzen und längs der nordamerikanischen Küsten. Da eine Flasche Whisky oder Rum, die in Kanada oder Jamaika einen Dollar kostet, jetzt in den Vereinigten Staaten um fast das zehnfache (= etwa 70 000 M.) an den Mann gebracht wird, kann man sich denken, wie lebhaft sich der Alkohol-Schnaps entwickelt hat. Um ihn zu steuern, mußte das amerikanische Zollamt eine besondere Kontrolle von kleinen schnellen Dampfern organisieren, die jetzt ständig längs der Küste innerhalb und außerhalb der amerikanischen Hoheitsgewässer kreuzen. Der Generalstaatsanwalt Barrett in Jefferson City (Missouri) erklärte, daß man um richtigen Durchforschung der „Prohibition“ allein im Staate Missouri mindestens 250 000 Mann benötige. Zur Ueberwachung dieser Bramensflotte sollten weitere 125 000 Mann zur Verfügung haben.

Nach James S. Peck, dem amerikanischen Generalstaatsanwalt, haben die Gewinne, die durch Uebertragung der „Prohibition“-Gefesche erzielt werden, 500 Millionen Dollar (man rechne in Papiermark) im Jahr bereits überflutet. In vielen amerikanischen Städten machte man die Entdeckung, daß sich sogar die Polizei mit dem Verkauf von Alkohol befaßt und zwar von solchen, den sie bei ihren Streifzügen beschlagnahmt hat. Der von Chicagoer Polizei betriebene Getränkehandel wuchs sich zu einem solchen Stande aus, daß sogar die „Fahndung“, d. h. die Gefesgegner, mitwirken, die länderlichen Wächter der öffentlichen Ordnung den Gerichten ans Messer zu liefern.

Erstes und Heiteres aus dem amerikanischen Alkoholkrieg

Von Ernst Smithanders

„Prohibition“ nennt man in den Vereinigten Staaten die Bewegung, die es unmöglich machen will, geistige Getränke zu kaufen und zu verkaufen und Alkohol herzustellen. Praktisch ist das aber unausführbar, wie das Beispiel aller Staaten zeigt, die dahin zielende Gesetze erlassen haben. In Texas trat vor einigen Jahren ein Gesetz in Kraft, das den Verkauf von Revolvern an Staatsangehörige untersagte. Das Gesetz wurde von den Waffenhändlern in der Weise umgangen, daß sie ihren Kunden Revolver für 90 Jahre vermieten! Sobald es nun feststand, daß trotz aller Gegenströmung des Alkoholverbot mit Gesetz werden und wenigstens ein ernsthafter Versuch zu seiner Durchführung gemacht werden würde, beschäftigten sich schlaue Köpfe damit, Mittel und Wege zu finden, um den Erfolg des Verbotes zu durchkreuzen. Seiner die Schleichwege ausgeklügelt sind, desto mehr bewundert der Durchschnitts-Amerikaner die Findigkeit seines Landsmannes. Die „Prohibition“-Gegner begen teilsverlet Gewissensbedenken, wenn es gilt, das Gesetz zu übertreten. Eine Flasche Whisky — ein echter Whisky — im Hause, wird nicht als Corpus delicti angesehen, gilt vielmehr als Beweis besonderer Scharfsinns. Alkohol ist begehrt als Gold, weil damit leichter Handel zu treiben ist. Es finden sich daher genug abenteuerliche Gefellen, die diese unvergleichlich günstige Gelegenheit auszunutzen. Einbrüche sind zahlreich. Heute, die große Borräde besitzen, müssen sie so sorgfältig bewachen, als wären es Kronjuwelen. Das ausländische Element und die Schwarzen sind in dem „Stiefelschuhhandel“ am stärksten vertreten. Man hat seinen „Alkoholschieber“ (draben heißen sie bootlegger = Stiefelschäfer, vermutlich, weil sie anfangs auf diese Weise Alkohol schmuggelten), genau so, wie man seinen Bäder oder Kolonialwarenlieferanten hat.

Manche der Schleichwege, die beschritten werden, um zu Alkohol zu gelangen, sind recht gut ausgedacht und auch sehr ergötzlich. In der Umgegend einer bekannten Stadt in einem der südlichen Staaten lebt eine alte Schimmliste, die mit der Polizei dauernd auf dem Kriegsfuß steht. Wer zu den Eingeweihten gehört, wandert abends zu einem Baum an einem bestimmten Punkt außerhalb der Stadt, nimmt ein Signalhorn herunter, das an einem der Äste hängt, tutet zweimal kräftig hinein und darzt der Dinge, die da kommen sollen. Er wird nicht lange zu warten haben, bis die alte Schimmliste aus einem Gebühre auftaucht, das an dem jenseitigen Ufer eines kleinen Flusses liegt. Niemand begleitet das Tier, das wirklich verdient, in der Gefesichte fortzuleben. Auf seinem Rücken trägt es seine

Briefe an den „General-Anzeiger“

Vorauszahlung für Gas und Strom

Die in diesen Spalten schon mehrfach erwähnte Vorauszahlung, die die Stadt für Gas und Strom fordert, ruft in allen Schichten der Bevölkerung den größten Unwillen hervor. Wenn man sich schließlich bei der doppelten Erhebung der November-Rechnung auch beruhigt hätte, so scheint die Erhebung einer weiteren Vorauszahlung mit der Dezember-Rechnung in Höhe des Unterschiedes zwischen den November- und Dezemberpreisen ganz unberechtigt. Der Stadtrat beschloß, der die Direktion der Werke zur Erhebung einer Vorauszahlung ermächtigt, lautet wörtlich: „Die erforderlichen Mittel können nur durch eine einmalige Vorauszahlung bei den Gas- und Stromabnehmern beschafft werden. Im Laufe des Monats (Dezember) wird daher die Direktion der Werke den Betrag der November-Rechnungen für Gas und Strom nochmals erheben. Der so erhobene Betrag bleibt Eigentum des betr. Abnehmers.“ Hier ist mit keinem Wort von künftiger Erhöhung der Vorauszahlung die Rede. Es scheint demnach die Direktion der Werke dem Stadtratbeschlusse eine Auslegung geben zu wollen, die eine Ueberschreitung ihrer Zuständigkeit in sich schließt. Wir fragen: Warum schreitet der Stadtrat dagegen nicht ein und warum gibt er im Fall der Billigung des Vorgehens den Konsumenten keinen Ausschluß? Wir meinen, in einer Frage, die wie die vorliegende die Abnehmer mit Recht erregt, sollte der Stadtrat eine Klarstellung der Sachlage in der Presse nicht scheuen.

Ein Abonnent.

Die Berechnung der Mannheimer Gas- und Strompreise: eine Doktorarbeit!

Hurrah! — Ich habe! Nun habe ich mir seit Monaten den Kopf zerbrochen, welches Thema ich für meine Doktorarbeit wählen soll und dabei ist es doch nocheliegend, daß nichts dankbarer gibt, als sich eingehend mit den Praktiken zu beschäftigen, die die verehrte Direktion des städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswertes bei der Berechnung der Gas- und Strompreise anwendet. Der Jurist vor allem wird mit einem wahren Hochgefühl an die Arbeit gehen, weil die Rechtslage die denkbar verwickelteste ist. In erster Linie wird die Frage zu klären sein, ob die Verrechnung der Werke überhaupt berechtigt ist, eine prinzipielle Zustimmung des Gemeindefürsprechenden Ausschusses oder des Stadtrats oder des Bürgerausschusses außer der doppelten Novemberzahlung weitere Zuschläge zu erheben. Am 31. Januar ist vor dem Landgericht Mannheim Termin der Klage gegen die Unionwerke, die im Namen der Mannheimer Industrie eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen will. Man wird bei dieser Gelegenheit hören, auf welchen Standpunkt sich der Richter stellt. Die Verbraucher scheinen bereits von sich aus in der Mehrheit das Urteil gefällt zu haben, denn sie zahlen zwar den Ausschlag für November, aber nicht denjenigen für Dezember. Dagegen wird die Direktion der Werke nichts machen können, denn bisher habe ich nicht gehört, daß irgend eine Instanz der Stadtverwaltung beschloßen hat, daß der Gaspreis für Dezember höher als 130 M und der Lichtstrompreis höher als 380 M sein soll.

Für meine Doktorarbeit ist aber nicht nur der Streitfall an sich ein höchst interessantes Objekt, an dem ich die Schärfe meines juristischen Denkens und Wissens erproben kann. Es haben sich inzwischen auch höchst interessante Spezialfälle ergeben. Ein Bekannter, der eine Bierzimmereinrichtung innehat, mußte ein Zimmer an einen „möblierten Herrn“ abgeben, weil die Familie nur aus Mann, Frau und Kind besteht. Dieser „möblierte Herr“ hat, wie es sich gehört, ein Viertel des Novemberzuschusses für Gas und Strom an den Vermieter bezahlt. Am 1. Januar hat er einer anderen Stellung weit im Osten des deutschen Reiches angetreten. Wie verhält sich nun der Vermieter? Kann er vom Gas- und Elektrizitätswert ein Viertel des November-Darlehens zurückverlangen? Zweifellos, denn der Untermieter hat Anspruch auf den Betrag, den er dem Vermieter bezahlt hat. Die Direktion des Gas- und Elektrizitätswertes wird vielleicht sagen: Wir haben mit dem Untermieter nichts zu schaffen. Der Vermieter ist uns haltbar für den gesamten Gas- und Stromverbrauch der Wohnung. Der Untermieter hat sich infolgedessen an den Vermieter zu halten. In diesem Falle müßte der Vermieter den Betrag an den verfloßenen „möblierten Herrn“ zurückvergüten, ohne daß er Ausschüt hätte, durch die Direktion des Gas- und Elektrizitätswertes einschlägt zu werden, denn der Vermieter ist nicht verpönt. Dem neuen Untermieter aber kann der Betrag auch nicht verlangt werden, weil er sich jedenfalls nicht mit Unrecht auf den Standpunkt stellen wird, daß er vor dem 1. Januar kein Gas und keinen Strom vom Vermieter bezogen hat. Ist das nicht ein großartiger Streitfall? Ich habe die verehrte Referatschicht des „Mannheimer General-Anzeigers“ hierfür dazu ein, weitere derartige inoffizielle Fälle der Beurteilung der Deffektivität zu unterbreiten. Meine unbegrenzte Dankbarkeit wird allen Einleitenden zugesichert. Ich dränge Material für meine Doktorarbeit, die endlich aus dem Stodrum der Erwägungen in dasjenige der Bewirtlichung tritt. Und da ich beim Danken bin, so sei die verehrte Direktion des Gas- und Elektrizitätswertes nicht vergessen, die das Hauptmaterial an liefert hat.

Der angehende Doktor juris.

Klage einer Hausfrau über die hohen Brot- und Mehlpreise

Meine Frau klagt darüber, daß ihr Haushaltsgeld bei den gestiegenen Brot- und Mehlpreisen unendlich lange. Sie wunderte sich, wie der Mehl- und Brotpreis gleichen Stand mit dem Dollarkurs hält, sobald der Dollar steigt. Sie war hoff, als der offizielle Mehlpreis an einem Tag von 111.000 M auf 140.000 M für die 100 Kilo erhöht worden ist und ist begierig, ob jetzt, nach dem heute der Dollar gegen seinen von 22.000 auf 17—19.000 gefallen ist, auch wieder der Mehlpreis und der Brotpreis dementsprechend zurückgehen werden. Nach ihren bisherigen Erfahrungen hat sie starke Zweifel daran. Nach ihren Erfahrungen wie nur an den kleinen Brotportionen den Aufschlag und müssen das Kuchenbrot einstellen, obwohl wir nur einmal im Monat und dieses erlaubt haben. Ich konnte ihr darüber keine Auskunft geben, vielleicht können wir die Leser des General-Anzeigers solche verschaffen.

Eine rechnende Hausfrau.

Der Nationalstraßenrat und die Mannheimer Mittelschulen

In der vergangenen Woche brachte der General-Anzeiger eine kurze Mitteilung, daß in Brauchen am Samstag in den Schulen vor Beginn des Unterrichtes kurz auf die Bedeutung des Nationalstraßenratgesetzworfen werden sollte. Meine beiden Kinder (Mittelschulkind und Realschulkind) waren nun sehr gespannt darauf, was ihnen am Samstag mitgeteilt würde, kamen aber beide sehr enttäuscht nach Hause; denn es gab keine Ansprache. Ich würde sie damit, daß die Ansprache wohl sicher am Montag nachgeholt werden würde, aber auch diesmal war es nicht damit. Es würde doch von Belang zu erfahren, weshalb man in den Mannheimer Schulen diesen Tag völlig überging, andererseits braucht man sich über das leider sehr oft zu beobachtende mangelnde Interesse an nationalpolitischen Dingen der heranwachsenden Jugend nicht zu wundern, wenn selbst ein solcher Tag der Schule keine Veranlassung bietet, die Schüler auch zur Vaterlandsliebe zu erziehen.

Ein Vater.

Rechnungsaufstellung für ein möbliertes Zimmer

Mit Interesse habe ich obigen Artikel in Ihrer Zeitung vom 13. Januar 1923 gelesen und mich in Stillen darüber gefreut, daß es in der heutigen schweren Zeit, wo jeder für sein eigenes Ich zu sorgen hat, noch ideal veranlagte Menschen gibt, die freiwillig auf ihre Bequemlichkeit verzichten und aus reiner Nächstenliebe das Wohnungsgeld zu mindern suchen. Sieht man aber den erwähnten Artikel genauer an, so kann man aus den Zeilen den „modernen Idealismus“ entnehmen. Die Sorgen der Hausfrau sind zur Genüge jedem Untermieter bekannt und er wird sich denen gegenüber selten verschließen. Ich glaube, wenn eine Herrin die Rechnung für ihre Ausgaben und Aufwendungen den heutigen Verhältnissen entsprechend aufmacht, daß niemand dagegen Einspruch erheben wird. Mit welchen Schwierigkeiten heutzutage ein Untermieter zu kämpfen hat, kann nur derjenige am besten beurteilen, der in dieser Frage praktische Erfahrungen besitzt. Den leisen Vorwurf über die Ausgaben des Mieters rechtfertigt noch lange nicht die Räte, wie sie die „kluge, rechnende Hausfrau“ zu veranlassen glaubt. Es ist wohl jedem hinreichend bekannt, wie groß der Zahlenaufwand für die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ist. Auch die Not der Untermieter ist groß. Mit etwas gutem Willen und beiderseitigen Entgegenkommen wird sich mancher Streit und Zerger vermeiden lassen. Die Sorgen der Hausfrau werden in den meisten Fällen immer gutes Ohr und nebenbei gesagt auch Dankbarkeit bei ihren Untermietern finden.

Ein Untermieter für mehrere, die nicht gleich auseinandertruden.

Schuldverrechnung bei der Mannheimer Straßenbahn

Es ist allerschlimmste Zeit, daß einmal mit der Straßenbahndirektion in ganz energisches Wort gesprochen wird. Mit neuen Tarifserhöhungen ist man zuletzt noch zu hand. Die plötzliche Kraftföserklärung von Fahrscheinstellen von heute auf morgen ist an und für sich schon eine lächerliche Ungerechtigkeits, wenn man berücksichtigt, daß man dafür gutes Geld auf Vorlauf hingeben hat, in der trügerischen Hoffnung, dafür nun auch die vorausbezogene Anzahl von Fahrten zum vereinbarten Preise anstandslos genießen zu können. Da sind andere Städte viel großzügiger und entgegenkommender. In Heidelberg kann man zum Beispiel auch heute noch anstandslos mit Fahrscheinstellen reisen, die vor fast einem Jahre gelöst worden sind, also zu einem Preise, der heute geradezu lächerlich anmutet. Und selbst jetzt noch gelöste Fahrten tragen dort den Aufdruck, daß sie bei Tarifserhöhung mit überhöchlicher Frist für ungültig erklärt werden können!

Über was soll man erst zu dem Vorgehen der Mannheimer Straßenbahndirektion sagen, wenn es sich um Gütigkeitserklärung und bereits gekaufte Fahrten bei Tarifserhöhungen handelt? Da ist mal zum ersten schon der Schuldverrechnung, daß (und dies war bei den letzten drei Tarifserhöhungen der Fall) die Anfindung der Gütigkeitserklärung gekauften Fahrten regelmäßig erst dann erfolgt, wenn kein Mensch mehr Nutzen daraus ziehen kann. Nehmen wir den letzten Fall, der ganz typisch auch für frühere Fälle ist: In den

Abendteilungen des 4. Januar (nicht früher!) heißt es in einer amtlichen Notiz, daß die bis zum 4. Januar gekauften Fahrscheinstellen bis da und dahin ihre Gültigkeit behalten. Es ist also dem guten Bürger, wenn er Abends sein neuestes Blatt studiert, reichlich Gütigkeit gegeben, darüber nachzudenken, wie viel Geld er sich und seiner Familie hätte ersparen können, wenn er als Heiliger (schon am frühen Morgen die noch nicht gedruckte) Abendzeitung hätte lesen können und dadurch rechtzeitig mit Heftchen sich einzuweisen in der Lage gewesen wäre. Die ganz Bewußtlosen, die aus früheren bösen Erfahrungen gelernt haben, zapfen allerdings schon bei den Verkäufen an einer bevorstehenden Tarifserhöhung die Schaffner an und hamstern Heftchen, — die Anderen aber zählen, wenn auch schimpfend und fluchend, vom nächsten oder übernächsten Tage an schon den erhöhten Fahrpreis!

Dies ist aber erst der Komödie erster Teil! Denn wenn man am oder vor dem 4. Januar seinen Bedarf an Fahrscheinstellen decken wollte, fragte man natürlich vorsichtigerweise erst den Schaffner, wie lange diese Heftchen noch in Gültigkeit bleiben würden. Und die Antwort lautete: „Bis 18. Januar!“ Und wenn man dann stillerzogen über das gute Geschäft seinen Gang nach Hause bringt, dann grinst Einem aus der Abendzeitung die amtliche Mitteilung entgegen: „Die vor dem 4. Januar gelösten Heftchen behalten bis 11. Januar ihre Gültigkeit!“ Nun gibt es ja Solche, die Derartiges mit Entsetzungsgefühlen hinnehmen, wie es dem „bescheidenen Untertanensverstand“ gelehrt; es gibt aber auch Andere, die gar nicht einsehen wollen, warum sich der biedere Steuerzahler alles gefallen lassen soll. Und Einer von diesen ging nicht erst zum „Schiedsrichter“, sondern zum „Schlichter“ und fragte bei der Straßenbahndirektion an, wie sie es wagen könne, durch ihre Schaffner, für deren Handlungen sie doch verantwortlich sei, das Publikum derartig an der Nase herumzuführen zu lassen? Und was war die Antwort? „Die Frist war allerdings ausrif auf den 18. festgelegt, — aber der Herr Oberbürgermeister hat veräußert, daß die Heftchen nur bis zum elften gelten sollten!“ — Nun kann ich mir nicht recht denken, daß der Herr Oberbürgermeister ein Recht zu einer solchen kategorischen Verfügung hätte; vielleicht war es nur eine Verlegenheitsauskunft, die gar nicht so an die breite Deffektivität sollte, aber gerade deshalb bekannt zu werden verdient! Immerhin war die Folge der amtlichen Veröffentlichung der gekürzten Gültigkeitsfrist die, daß sich viele „Grobahnehmer“ von vorgelassenen Fahrscheinstellen ihres nunmehr verminderten Wertes mit einer Behemung zu erwidern suchten, die jener eines Deffektivspekulanten ähnelt, wenn der Dollar plötzlich um tausend Punkte fällt! Wobei sie allerdings meist auf harnackigen Widerstand der Schaffner stießen, die gänzlich abgeneigt schienen, die verkauften Heftchen wieder zurückzunehmen. Und denen es so ging, die waren vielleicht —, aber nein, das kann sich so Jeder nachher selbst zusammenreimen!

Denn nun kommt der „Abgang“ der traurigen Komödie! Fragte man am 10. des Monats, am Vorabend der Ablauffrist der Heftchen, einen Schaffner, wie lange die Heftchen denn nun eigentlich Gültigkeit hätten, dann erhielt man lächelnd den Bescheid: „Bis zum achtzehnten!“ Also: Man veranlaßt die Fahrgäste durch die Mitteilung, vor dem 4. Januar gelöste Heftchen hätten bis zum achtzehnten Gültigkeit, sich reichlich mit solch möglichen Papierchen einzudecken und der Straßenbahngesellschaft dadurch bares Geld vorzutreiben; dann beschränkt man plötzlich die Kauffrist auf die Zeit bis zum elften und veranlaßt so die glücklichen Besitzer der Heftchen, sich eilig ihrer Bürde wieder zu entledigen, was natürlich nicht ohne gegenseitige Verleumdungen zwischen Fahrgast und Schaffner abgeht. Und dann erklärt man schließlich die ursprüngliche Gültigkeitsfrist wieder hergestellt und laßt sich ins Fränkchen, daß die Summen, die es so eilig hatten, ihre Heftchen zurückzugeben, nun von morgen ab den erhöhten Fahrpreis zahlen müssen! Zum Segen und Rugen der städtischen Finanzen! Wenn auch „A u d e des Bürgers erste Pflicht ist“, so darf er doch wohl auch einmal aufmucken, wenn man es zu dunt mit ihm zu treiben sucht und dem wohlwollenden Stadtrat sei ein „Videant Consules“ zugerufen, auf daß er gelegentlich einmal in Straßenbahngangehenheiten (von denen es noch eine Anzahl zu erörtern gäbe!) nach dem Rechten sehe!

Ein Stammgast der Straßenbahn

Kadifahrerjahren

Nachdem der Streit über die Sperrung der engen Heidenbergerstraße zugunsten der Polizei entschieden ist, laßt sich diese Ordnung einzuführen. — Da hat die Hindernisstraße am Redar ein kleines Vordrändchen bekommen, vor 1—2 Jahren noch voller Schanden und Scherben, das die fleißige Benutzung der Kadifahrer glatt und sauber gefahren hat, sehr im Unergehen zu der chaotischen Fahrstraße nach dem Krankenhaus, die meist total verstopft und verfahren ist. Die Polizei beginnt nun in weiser Voraussicht, daß hier ein Zusammenstoß vorkommen könnte, den Kadifahrern diesen Weg in der Richtung nach der Stadt zu verbieten, weil man „redat fahren“ müsse. Ein ungeschickter Kadifahrer kann überall einen Zusammenstoß verursachen, aber jehtmal lebensgefährlicher für Kadifahrer sind, dürfte ich, die schmalen Appellstrassen neben den Gleisen auf der Redarbrücke, eine Mülleerorte von Höckern, Böckern, Wäulen u. dgl., die bei nassem Wetter unpassierbar sind, beinahe ebenso wie der Bürgersteig vor der Feuerwehrtür für den Fußgänger. Nun weisse ich nicht daran, daß infolge dieses Hinweises die läbliche Polizei das Passieren der Redarbrücke den Kadifahrern einfach verbieten wird. Röge das Jahr 1923 uns Kadifahrern Hell bringen!

Standesamtliche Nachrichten.

Januar 1923. Verlobte.

1. Bender, Karl, Dipl.-Ing. u. Fuchs, Hildegard
2. Eppichmann, Hans, Schlosser u. Schimpf, Maria
3. Sappert, Wilh., Fabrikarb. u. Ludwig, Elisabeth geb. Scheller
4. Goertner, Theodor, Dr. jur., Syndikus u. Schulz, Elise
5. Fuchs, Robert, Tagl. u. Schwarz, Anna
6. Hehl, Albert, Schlosser u. Schulz, Ida
7. Zimmermann, Albrecht, Ing. u. Helfferich, Luise
8. Schmitt, Franz, Kfm. u. Reib, Maria
9. Gans, Georg, Arb. u. Anst., Elisabeth
10. Pfeifer, Hans, Oberingenieur u. Heusinger, Elise
11. Wenzel, Franz, Arbeiter u. Heller, Theresia geb. Pfeifer
12. Reiter, Karl, Schuhmacher u. Breunig, Maria geb. Wehler
13. Schürlein, Joh., Eisenbecher u. Knüttel, Katharina
14. Andres, Karl, Arbeiter u. Weigel, Irene
15. Gumpert, Maria, Fabrikarb. u. Waidl, Anna
16. Müller, Wilh., Schlosser u. Thiel, Luise
17. Gollig, Fritz, Arbeiter u. Heusinger, Luise
18. Seib, Karl, Wegarb. u. Bruns, Maria
19. Wäand, Franz, Kfm. u. Rohland, Amanda
20. Wenzel, Rud., Dr. rer. pol., Hofrat u. Hof, Adele
21. Kiffert, Albert, Waffarb. u. Brandt, Luise
22. Gendle, Joh., Schlosser u. Weiff, Gertrud
23. Seifert, Karl, Ingenieur u. Goppinger, Karl
24. Gerthner, Fritz, Schlosser u. Höpfer, Anna
25. Sulzer, Joh., Fader u. Sulzer, Anna geb. Schumacher
26. Schmitt, Joh., Fuhrer u. Schmitt, Luise geb. Franz
27. Heil, Emil, Generaladjutant u. Wehler, Maria
28. Wenzel, Fritz, Mechaniker u. Pfaffenbaber, Maria
29. Raas, Albert, Waffarb. u. Heller, Eugenie
30. Wolf, Ernst, Kfm. u. Helle, Anna
31. Witten, Ferdinand, Tagl. u. Herbaum, Rosa
32. Rader, Karl, Kfm. u. Dietrich, Josefina

Januar 1923. Geborene.

1. Gisch, Julius, Kfm. u. Gisch, Henriette
2. Wirth, Albert, Schlosser u. Wendling, Anna
3. Rader, Johannes, Schneider u. Rederer, Frieda
4. Benzmann, Ludwig, Arb. u. Schindler, Elise
5. Bräuhauser, Joh., Apotheker u. Franke, Helene
6. Goertner, Theodor, Dr. jur., Syndikus u. Schulz, Elise
7. Gendle, Joh., Schlosser u. Weiff, Gertrud
8. Gans, Georg, Arb. u. Gans, Theresia
9. Gumpert, Maria, Fabrikarb. u. Waidl, Anna
10. Müller, Wilh., Schlosser u. Thiel, Luise
11. Gollig, Fritz, Arbeiter u. Heusinger, Luise
12. Seib, Karl, Wegarb. u. Bruns, Maria
13. Wäand, Franz, Kfm. u. Rohland, Amanda
14. Wenzel, Rud., Dr. rer. pol., Hofrat u. Hof, Adele
15. Kiffert, Albert, Waffarb. u. Brandt, Luise
16. Gendle, Joh., Schlosser u. Weiff, Gertrud
17. Seifert, Karl, Ingenieur u. Goppinger, Karl
18. Gerthner, Fritz, Schlosser u. Höpfer, Anna
19. Sulzer, Joh., Fader u. Sulzer, Anna geb. Schumacher
20. Schmitt, Joh., Fuhrer u. Schmitt, Luise geb. Franz
21. Heil, Emil, Generaladjutant u. Wehler, Maria
22. Wenzel, Fritz, Mechaniker u. Pfaffenbaber, Maria
23. Raas, Albert, Waffarb. u. Heller, Eugenie
24. Wolf, Ernst, Kfm. u. Helle, Anna
25. Witten, Ferdinand, Tagl. u. Herbaum, Rosa
26. Rader, Karl, Kfm. u. Dietrich, Josefina

10. Wolf, Alfred, Arbeiter u. Edward Alfred Ludwig
11. Greif, Anton, Kfm. u. S. Walter Walter
12. Dolmann, Fritz, Bildh. Kfm. u. S. Erich Walter
13. Müller, Karl, Arbeiter u. S. Karl Ludwig
14. Wenzel, Fritz, Schlosser u. S. Luise
15. Wehler, Karl, Bildh. u. S. Luise
16. Gumpert, Maria, Fabrikarb. u. S. Luise
17. Gans, Georg, Arb. u. S. Luise
18. Gollig, Fritz, Arbeiter u. S. Luise
19. Seib, Karl, Wegarb. u. S. Luise
20. Wäand, Franz, Kfm. u. S. Luise
21. Wenzel, Rud., Dr. rer. pol., Hofrat u. S. Luise
22. Kiffert, Albert, Waffarb. u. S. Luise
23. Gendle, Joh., Schlosser u. S. Luise
24. Seifert, Karl, Ingenieur u. S. Luise
25. Gerthner, Fritz, Schlosser u. S. Luise
26. Sulzer, Joh., Fader u. S. Luise
27. Schmitt, Joh., Fuhrer u. S. Luise
28. Heil, Emil, Generaladjutant u. S. Luise
29. Wenzel, Fritz, Mechaniker u. S. Luise
30. Raas, Albert, Waffarb. u. S. Luise
31. Wolf, Ernst, Kfm. u. S. Luise
32. Witten, Ferdinand, Tagl. u. S. Luise
33. Rader, Karl, Kfm. u. S. Luise

10. Lucif, geb. Dingel, 33 J. 9 M.
11. Franz, Daniel, Tagelöhner, 63 J. 8 M.
12. Brahm, Philipp, Fabrikarbeiter, 52 J.
13. Schindler, geb. Wied, Katharina, 79 J.
14. Ludlum, Aug. Fritz, Metzger, 43 J. 4 M.
15. Pfeifer, Lorenz, Metzger, 49 J. 5 M.
16. Kassel, geb. Keller, Elisabeth
17. Hehl, geb. Stender, Anna, 49 J. 3 M.
18. Brier, geb. Herz, Barbara, 76 J. 5 M.
19. Schwanz, geb. Gloger, Johanna, 90 J. 6 M.
20. Reuberger, Eugen, Dr. jur., led. Rechtsanwalt, 55 J. 3 M.
21. Krüger, Emil, Werkmeister, 57 J.
22. Bender, geb. Weiff, Elisabeth, 79 J. 8 M.
23. Kadenbach, Herbert, 2 M. 8 T.
24. Bender, Richard, Fabrikarb., 2 J. 4 M.
25. Holz, geb. Braun, Maria, 65 J. 11 M.
26. Rader, Philipp, Metzger, 50 J. 5 M.
27. Müller, Elisabeth, 1 J. 3 M.
28. Haas, Albert, 1 M. 6 T.
29. Heilmann, geb. Rosenthal, Juliana, 55 J. 8 M.
30. Ringer, geb. Scheller, Karl, 68 J. 11 M.
31. Wollmann, Maria, Franziska, led. Kaminkehrerin, 53 J. 2 M.
32. Geiffel, Margarete, 25 Tage
33. Brahm, geb. Debenreich, Anna, 42 J. 10 M.
34. Heusinger, Friedrich, 2 M. 7 T.
35. Eppich, geb. Barth, Philippine, 61 J. 11 M.
36. Lapp, Kurt, 7 M. 24 T.
37. Gengenbach, Robert, Walter, 6 Tage
38. Rapp, Heinrich, Adam, Arbeiter, 31 J.
39. Brahm, Philipp, Metzger, 62 J.
40. Rader, geb. Weiff, Theresia, 74 J. 1 M.
41. Heberle, Magdalena, led. Dienstm., 74 J. 6 M.
42. Müller, geb. Heff, Luise, 74 J. 5 M.
43. Schindler, Ida, 6 M. 2 T.
44. Hellenstein, Regina, Elisabeth, led. Pfandbesitzerin, 78 J. 2 M.
45. Dieter, Johann, Arbeiter, 66 J. 7 M.
46. Selinger, geb. Brandt, Katharine, 70 J. 9 M.
47. Eichenauer, geb. Wied, Katharina, 69 J. 9 M.
48. Wolf, geb. Ludwig, Katharine, 55 J. 5 M.
49. Heber, geb. Scheller, Barbara, 51 J. 7 M.
50. Böhm, geb. Gellert, Anna, 64 J. 7 M.

Weinbrand Winkelhäuser Alfe Reserve

General-Vertretung und Fabriklager: Mondorf & Meller, Karlsruhe i. B., Fernruf 4993

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Sturmzeichen

Von Georg Haller.

In der Zeit vom 6.—12. Januar betrug der Dollar-Mittelkurs 9853, der Entwertungsfaktor der Mark 2347; in der vergangenen Woche erreichten wir einen Dollarkurs von 23 000, einen Entwertungsfaktor der Mark von 5475. Das Goldzollaufgeld, das vom 12.—23. Januar auf 1849,00 festgesetzt war, mußte auf 2229,00 der Reichsbankdiskont von 10 auf 12 Proz. erhöht werden; der Großhandelsindex stieg vom 6. mit 15. Januar vom 1670fachen auf das 2131fache.

Das sind einige deutsche Wirtschaftszahlen, die eine deutliche Sprache reden; es sind Sturmzeichen. Der Vorgang, der im volkswirtschaftlichen Sinne als Produktion bezeichnet wird, heißt: neue wirtschaftliche Güter schaffen, deren Gesamtwert größer ist als der Wert der in dem neuen Gute aufgegebenen Güter. Zu seiner Erreichung notwendig sind die Produktionsmittel, oder Produktionsfaktoren, die die Volkswirtschaftslehre als Natur, Arbeit und Kapital umgrenzt. Dieser kurze Hinweis auf das ABC der Volkswirtschaft, auf die Grundlage der Wirtschaftswissenschaften bestimmt uns, daß in einem von der Natur zum Industriestaat bestimmten Lande wie es Deutschland ist, die industriellen Produktionsfaktoren eine ausschlaggebende Rolle spielen müssen, sollen nicht die Grundlagen seiner ganzen Wirtschaft in Unordnung geraten. Und was tut Frankreich? Es nimmt uns das Brot der Industrie, die Kohle, und gibt sich vor der Welt den Anschein, als ob es glaube, daß wir dann mehr an Tribut leisten könnten als bisher. Offiziell hat es die Ruhrkohle zum Streitobjekt gemacht, in Wirklichkeit hat es den entscheidenden Schritt in dem System der planmäßigen Vernichtung Deutschlands unternommen, getreu dem Worte Clemenceaus, daß 20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt sind.

Die Franzosen lieben den Krieg des Krieges wegen; die Alten wie die Jungen ergötzen sich gern an Trommelschlag und Pulverdampf, an Knalleffekten jeder Art, schrieb schon 1840 der leidenschaftliche, aber nicht bilde Franzosenfreund und deutsche Dichter, Heinrich Heine. Wir sind um einen französischen Knalleffekt reicher. Die Regierung Poincaré weiß, daß auf 256 einzelnen Schachtanlagen über 500 erstklassige französische Bergingenieure in Doppelschicht tätig sein müßten, um den Betrieb der Ruhrgruben übernehmen zu können; sie weiß, daß die deutschen Bergarbeiter ihr Leben nicht unter unerfahrenen betriebsfremden Organen aufs Spiel setzen werden. Dennoch schreitet sie zur Verhaftung leitender Persönlichkeiten, hält die Kohlenzüge der deutschen Industrie, die Kohlenflöße der süddeutschen Städte an, besetzt die staatlichen Kassen und greift damit in das gesamte Räderwerk des deutschen Wirtschaftslebens ein. Sie ist sich darüber klar, daß damit große Teile der verarbeitenden Industrie, die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke lahm gelegt werden, der Güterverkehr eingeschränkt, Handel und Verkehr desorganisiert werden. Sie weiß, daß die Zerstörung der Produktion und des Konsums in wichtigen Teilen der Welt auf alle Wirtschaftsgebiete störend zurückwirken muß, da der internationale Warenhandel und Warenaustausch ist und auf Wechselwirkung beruht. Das alles weiß Frankreich, das noch vor kurzem seinen Alliierten versichert, daß es nur Essen besetzen wolle. Die zu erwartenden kalten Wasserstrahlen aus London und Washington sind daraufhin prompt eingetroffen — bei Deutschland. Wenn auch die öffentliche Meinung in den angelsächsischen Ländern dem Interesse der Weltwirtschaft an Deutschland in neuerer Zeit mehr Verständnis entgegenbringt, als der französischen Zwangspolitik, so hat sie sich bisher doch noch nicht als stark genug erwiesen, um ihre Regierungen zu veranlassen, dem europäischen Friedensstörer auf seinem Weg zur Vernichtung Deutschlands in den Arm zu fallen. In England hat man die Lösung ausgegeben: abwarten und sich toilaufen lassen. Frägt sich nur, was sich toilaufen, die französische Aktion im wehrlosen Deutschland oder Englands überlieferte Politik des Zwei-Mächte-Gleichgewichts auf dem Kontinent. In der letzten Woche dürfte man auch in England erkannt haben, daß die wirtschaftlichen Kreise Frankreichs, die hinter Poincaré stehen, von ihm vollste Ausbeutung der Lage mit dem Ziel der endgültigen Ausschaltung Deutschlands verlangen. Wir müssen deshalb der Tatsache ins Auge blicken, daß uns die französischen Sanktionen- und Pfänderpolitik noch außerordentlich schwere Belastungsproben bringen, daß der Druck sich bis zum Unerträglichen steigern wird. Ueber den Kanal richten wir deshalb die Frage, wie lange es dauern wird, bis England für das uns von seinen Staatsmännern versprochene fair play eintritt? Heute hat sich Frankreich bereits auf beiden Ufern des Rheines festgesetzt. Wird die Regierung Bonar Laws daraus die Schlussfolgerungen ziehen und sich angesichts der neuen Sachlage mit den Vereinigten Staaten hierüber unterhalten?

Und Amerika? Die Washington Post, ein sonst französischfreundliches Blatt, schrieb kürzlich: „Die Alliierten sind gewillt, eine verständige Lösung des Reparationsproblems zu finden, sie werden aber daran gehindert, nicht durch Deutschland, sondern durch Poincaré. Das Frankreich des Krieges ist in den Hintergrund getreten gegenüber einem Frankreich, das wohlverdienten Abscheu begegnet. Die Schuld liegt an den militärischen und kriegsgewinnlerischen Elementen, welche die französische Regierung an sich gerissen haben.“

Auch der internationale Devisenmarkt hat auf das französische Vorgehen bisher mit einer weiteren Herabsetzung der französischen Valuta geantwortet. Der Franken hat jetzt einen Stand erreicht, den er vorher nicht gekannt hat, wie eine Gegenüberstellung zeigt.

Ende des Monats in	Dez. 1921	Juni 1922	Dez. 1922	Jetzt
Newyork (Cts. f. 100 Fr.)	1021	857	727	667
London (Frs. f. 1 Lstrl.)	52½	52½	64	60,95
Zürich (schw. Frs. f.)	41	44	38	35,80
Amsterdam (Fl. f. 100 Fr.)	22	21½	18½	61,85

Auch diese kurze Gegenüberstellung führt eine nicht mißzuverstehende Sprache. Glaubt Frankreich, aus seiner Gewaltpolitik gegen Deutschland soviel herauszuholen, daß sich seine schlechte wirtschaftliche und finanzielle Lage entscheidend dadurch bessert? O nein! Frankreich weiß, diese Politik wird das Ergebnis haben, Deutschland noch mehr seiner Fähigkeit zur Erfüllung zu berauben, als es schon die bisherigen französischen Schläge gegen die Kraftquellen der deutschen Wirtschaft getan haben. Was es aber erstrebt, das zeigen die Ausführungen in der heutigen Wochenschau im politischen Teil.

Nicht nur Sturmzeichen erschienen, sondern wilde Stürme brausten über

die Wertpapierbörse der Woche hinweg. Eine Flucht in die Wertbeständigkeit hat eingesetzt, was sich unter dem Valutaeinfluß nicht nur in der Ueberzeichnung der verschiedenen Roggenanleihen und der badischen Kohlenwertanleihe zeigte, sondern wie es auch in der stürmischen Aufwärtsbewegung vor allem

der Valutawerte, Halbalutawerte und Industriepapiere zum Ausdruck kam. Es läßt sich trotz der enormen Kurssprünge nicht bestreiten, daß diese Bewegung, von der valutarischen wie volkswirtschaftlichen Seite aus betrachtet gerechtfertigt ist, um einer direkten Verschleuderung deutschen Volksvermögens ans Ausland wenigstens einigermaßen einen Riegel vorzuschieben. Wie nahe diese Gefahr liegt, mögen ein paar Umrechnungen der jetzigen Kurse auf Dollarwährung zeigen:

Papier	Kurs	In Dollars	Vorkriegsmark zu 23 000 Mk.
Badische Anilin	19000%	8,25	34,95
Chemische Heyden	15000%	6,50	27,30
Sellindustrie Wolff	10500%	4,50	18,90
Stoehr Kammgarn	98500%	42,80	180,00
Zellstoff Waldhof	18000%	7,80	32,76

Selbst wenn wir die Verwässerung in Betracht ziehen, die die meisten Gesellschaften zwecks Kapitalbeschaffung vornehmen mußten und die zum Ausgleich die heutigen Goldmarkkurse mit dem 5- oder selbst 10fachen multiplizieren, ergeben sich für den in seiner Währung kaufenden Ausländer immer noch Kurse, die gegenüber den Vorkriegskursen lächerlich niedrig sind und die zeigen, wieviel auch das heutige Kursniveau noch von einer Anpassung an die Valutawertung entfernt ist. Diese Anpassung würde sich zweifellos auch noch viel stärker gezeigt haben, wenn nicht selbst die große Masse des Publikums sich dankel der unüberschaubaren Gefahren bewußt wäre, die die neuesten Maßnahmen Frankreichs und seiner „Ingenieurkommission unter militärischem Schutz“ für die gesamte deutsche Industrie bedeuten. Die Hausgebäude werden also nicht in den Himmel wachsen.

Ruhrbesetzung und Bankgewerbe

Das offizielle Organ des Zentral-Verbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wendet sich an leitender Stelle gegen die rechtswidrige Ruhrbesetzung. Nachdem führende Persönlichkeiten des deutschen Bankgewerbes hinter die Regierung getreten seien, um zu einer positiven Lösung des Reparationsproblems zu kommen, zu einer Befriedigung Frankreichs, bei der bis zur äußersten Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands gegangen wurde, habe die heutige französische Regierung Deutschland und die Welt über die Zwecklosigkeit und Vergeblichkeit aller dieser Arbeiten und Bemühungen aufgeklärt. Deutschland sehe sich nicht mehr seinen Vertragsgegnern, sondern einem bewaffneten Eroberer gegenüber, der sich über diesen Vertrag unter nichtigen Vorwänden hinwegsetzt, dem es darum zu tun ist, das deutsche Rheinland und das deutsche Westfalen zu wirtschaftlichen, industriellen und militärischen Stützpunkten im Kampf um die Beherrschung des europäischen Kontinents auszubauen. Ob die Macht der französischen Regierung dazu ausreichen werde und wie lange Deutschland unter dieser Gewaltpolitik zu leiden haben werde, sei noch ungewiß. Klar und gewiß aber sei unsere Aufgabe: die Regierung des Deutschen Reiches, auf der in dieser furchtbaren Zeit die Verantwortung für die gegenwärtigen und künftigen Geschicke des Landes lastet, hat Anspruch nicht nur auf das Vertrauen, sondern auch auf die tätige Unterstützung der deutschen Wirtschaftverbände. Die Angehörigen des Bankgewerbes wissen, was die Ehre eines Volkes für seinen Kredit bedeutet und daß eine Nation, die es in solcher Prüfungsstunde an innerem Zusammenhalt und an tätiger Opferbereitschaft aller Stände fehlen ließe, nirgends im Auslande noch Achtung und Vertrauen genießen könnte. Dieses Bewußtsein werde für die Haltung der deutschen Banken und ihrer Berufsvertretung gegenüber der Regierung und der Volksgesamtheit in den kommenden schweren Tagen bestimmend und richtunggebend sein.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 20. Jan. (nachm. 1 Uhr.) Es notierten am hiesigen Platze Newyork: 20 000 G. (18 650), Holland 7925 G. (7550), London 93250 G. (89000), Schweiz 3725 G. (3550), Paris 1325 (1275), Brüssel 1225 (—), Italien 985 (925), Prag 555 (—)

Die Tendenz war zum Schluß fest. Der Newyorker Anfangsbörsenkurs kam mit 0,0063—18900 Mk.

Frankfurter Notenmarkt 20. Jan.

Amerikanische Noten	Gold	Brief	Oester.-Ungar., alte	Gold	Brief
1000	123 80	548 80	1000	3420	3660
500	1095	1195	1000	3200	3290
200	3320	3380	1000	2225	2375
100	8790	8900	1000	3480	3580
50	1240	1280	1000	331	340
20	7422	7392	1000	677	683
10	885	895	1000	—	—
5	28 23	29 73	1000	—	—

Tendenz: Ruhig.

Frankfurter Devisen

Anteil	6. 10. 15. 19. 23. 1. 2. 10. 1.	Anteil	6. 10. 15. 19. 23. 1. 2. 10. 1.						
Holland	7755	7794	7205	7303	Norwegen	3090	3793	3441	3458
Belgien	1177	1182	1097	1102	Schweden	5386	5413	4827	4963
London	91 27	9127	15 51	16 16	Islandflora	—	—	—	—
Paris	1371	1380	1255	1271	New-York	198 8	19 999	18713	18647
Schweiz	3853	3771	3416	3433	Wien abg.	37 61	28 97	15 93	16 97
Spanien	3051	3057	2897	2913	Budapest	6 18	7 01	7 23	7 4
Italien	97	92	8 2	8 7	Prag	532	536	528	531
Dänemark	3690	3690	3541	3551	Agram	—	—	—	—

* Frankfurt, 20. Jan. (Drahtb.) Der heutige Frühverkehr eröffnete bei stillem Geschäft und ziemlich fester Tendenz. Später trat mangels Anregung Abschwächung ein. Im amtlichen Verkehr blieben die Umsätze sehr bescheiden bei ungleichmäßiger Tendenz. Prag 530, Budapest 725. Es wurden folgende Kurse genannt: London 8750 (amtlich 86375), Paris 1250 (1225), Brüssel 1140 (1100), Newyork 18800 (18800), Holland 7445 (7375), Schweiz 3600/3515 (3425), Italien 910 (885).

Berliner Devisen

Anteil	6. 10. 15. 19. 23. 1. 2. 10. 1.	Anteil	6. 10. 15. 19. 23. 1. 2. 10. 1.						
Holland	7755	7794	7205	7303	Paris	1300	1323	1231	1278
Bren.-Alten	7231	7288	6532	6607	Schweden	3493	3709	3568	3583
Berlin	1187	1192	1127	1132	Spanien	3177	3091	2892	2907
Christiansburg	3748	3754	3431	3438	Japan	9177	9213	8652	8687
Kyzenhagen	3815	3824	3456	3463	Nie de Jan.	2354	2313	2124	2135
Sieckholm	5081	5258	4857	4911	Wien abg.	26 98	26 22	26 93	27 97
Helsingfors	480	483	465	471	Prag	542	545	538	541
Isk. Ins.	947	951	887	892	Budapest	7 05	7 12	7 28	7 32
London	910	91475	877	882	Sofia	—	—	—	—
New-York	19790	19799	18793	18793	Jagoslawitz	119 70	120 30	—	—

Börsenberichte

Frankfurter Wertpapierbörse

* Frankfurt, 20. Jan. Der Effektenverkehr von Büro zu Büro gestaltete sich ruhig. Es waren Spezialpapiere, welche gefragter erschienen. In verschiedenen Aktien mangelte es an Material, sodaß Abschlüsse nur in vereinzelteren Fällen zustande kamen. Begehrt waren besonders Bernais-Wessel, welche bei größeren Umsatzsteigerungen in wenigen Stücken gehandelt wurden. Feste Tendenz bewährten ferner Maschinenfabrik Pokorny & Wittekind, Neckarsulmer, Hilpert, Beck & Henckel, Badenia, Moenus, Hartmann und Braun-Aktien, Badische Zuckerfabrik Waghäusel wieder höher ge-

sucht. Bankaktien nannte man teilweise bei festen Kursen. Frankfurter Bank und Frankfurter Hypothekbank-Kreditverein, Dresdner und Diskontogesellschaft waren stärker gesucht. Fest verzinsliche Werte, wie Schutzgebietsanleihe sowie Sparprämienanleihe anziehend. Ausländische Renten traten weniger in Erscheinung, was mit der unsicheren Devisenbewegung zusammenhing. Der Dollar war im Frühverkehr 19000 genannt und bewegte sich im Verlaufe zwischen 18400—18600, an der Börse etwa 18700. Chemische Aktien wurden kaum beachtet. Die Spekulation bewährte allgemein große Zurückhaltung. In den Freiverkehrskursen bemerkte man vielfach Realisationsneigung.

Berliner Wertpapierbörse

* Berlin, 20. Jan. (Drahtb.) Die erhebliche Besserung des Newyorker Marktkurses hatte zur Folge, daß die Devisenkurse im Vormittagsverkehr zunächst eine namhafte Abschwächung aufwiesen. Da man aber über die inneren Gründe der Newyorker Bewegung sich nicht klar war, zeigte die Haltung von vornherein große Unsicherheit und im Verlaufe trat bei ruhigem Verkehr eine entschiedene Befestigung ein. Nach Feststellung des amtlichen Kurses ging der Dollar auf 19375.

Waren und Märkte

Berliner Produktemarkt

Berlin, 20. Jan. Die Besserung der Mark in Amerika veranlaßte am Produktenmarkt zunächst die Käufer zur Zurückhaltung. Da aber die Haltung des Devisenmarktes sich als ziemlich fest erwies, konnten sich die Preise meist behaupten. Weizen schwächte sich bei vermehrtem Angebot etwas ab; auch Roggen war zu leicht abgeschwächten Preisen zu kaufen. Gerste wurde in schlesischer Brauware gehandelt. Hafer blieb zu etwas niedrigen Preisen still. Mais war für spätere Lieferungen mehr begehrt. Für Futtermittel, Oelnsamen und Hülsenfrüchte zeigte sich keine Unternehmungslust.

X Ruhrbesetzung und Großhandelspreise. Die Verschlechterung des Marktkurses infolge der Besetzung des Ruhrgebietes hat eine weitere akute Preissteigerung auf allen Gebieten der Warenwirtschaft ausgelöst. Die auf den Stichtag des 15. Januar berechnete Großhandels- (Stichtag-) Indexzahl des statistischen Reichsamtes ist von dem 1670fachen am 5. Januar auf das 2131fache gegenüber dem Friedensstande oder um 27,6 Proz. am 15. Januar gestiegen. In dem gleichen zehnjährigen Zeitraum haben die vorwiegend im Inlande erzeugten Rohstoffe (Inlandwaren) von dem 1472fachen auf das 1894fache oder um 28,8 Prozent, die Einfuhrwaren von dem 2660fachen auf das 3316fache oder um 24,7 Proz. angezogen. Das Preisniveau der Lebensmittel hat sich von dem 1311fachen auf das 1703fache oder um 29,9 Proz., das der Industriestoffe von dem 2342fachen auf das 2921fache oder um 25,1 Proz. erhöht.

Starke Preisschwankungen am Mehlmarkt. Die süddeutschen Mühlen hatten am Donnerstag den Mehlpreis auf 111 000 Mk. je 100 kg festgesetzt und der offizielle Börsenbericht teilte mit, daß Abschlüsse zu 130 000 Mk. erfolgt seien. Vom Donnerstag auf Freitag wurde der Mehlpreis auf 140 000 Mk. erhöht. Heute hören wir daß Mehl erster Mannheimer Mühlen von der zweiten Hand bereits zu 100 000 Mk. die 100 kg, bei sofortiger Abnahme und Vorauszahlung angeboten worden ist, nachdem sich gestern bereits Abschlüsse auf den Basis von 105 000 Mk. vollzogen.

X Neu-Guinea-Company. Die Gesellschaft schlägt vor, die in den acht Vorjahren erzielten Gewinne vorzutragen. Nach Vornahme einer nicht näher bezeichneten Rückstellung, die mit Rücksicht auf die im Ausgleichsverfahren schwebenden Verbindlichkeiten erfolgt ist, weist die Bilanz für Mitte 1922 alsdann einen Gewinn von 605 016 Mk. aus. Daraus sollen 6 Proz. Dividende für 1921/22 zur Verteilung gelangen, während 35 616 vorgetragen werden. Zu dem geplanten Vergleich mit der Regierung wird sachlich noch immer nichts mitgeteilt, sondern nur bestätigt daß mit der bekannten Vorentscheidung der Neuaufbau der Gesellschaft in Venezuela begonne sei.

Kurse der Federal Reserve Bank, New-York

Da- tum	1 Goldmark = französ. Francs	1 Goldmark = holländische Franken	Goldmark = portugies. Escudos	Goldmark = Papiermark	1 Goldmark = Dollar
8. 1.	3 488	3 793	6 123	2 312 780	0,238116293818
9. 1.	3 550	3 892	5 167	2 430 779	deutl.
10. 1.	3 422	3 769	5 167	2 507 541	deutl.
11. 1.	3 478	3 981	5 125	2 507 540	deutl.

Wochendurchschnittskurse.

2. 1.	3 331	3 610	—	1 957 609	0,238216293815
6. 1.	—	—	—	—	—

Herausgeber, Drucker und Verleger: Deuderei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. 4. 2. Direction: Ferdinand Haas. — Schriftföhrer: Kurt Föhrer. Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Föhrer; für das Realteil: Dr. Fritz Sommer; für Realteilpolitik: Richard Schönfelder; für Bericht und Sport: Willi Müller; für Handelsnachrichten, Notizen und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Richter; für Anzeigen: Karl Föhrer.

Beachtenswerter Brief über eine moderne Uebersee-Reise.

Diese meine erste Reise über den Atlantischen Ozean ist nicht ohne Ereignisse verlaufen. Die Gründe meiner Reise sind rein wissenschaftlicher Art, und mit großer Vergnügen verfolge ich, daß alles, was ich auf dem Ozean zu beobachten wünsche, mir durch den Dampfer „Manchuria“ der American Line ermöglicht wurde!

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß alle Bedingungen für meine wissenschaftlichen u. meteorologischen Beobachtungen vorhanden waren: Windstille, Unschiffbarkeit, Sturm, Regen und Sonnenschein.

Niemals werde ich die tiefen Wellenberge vergessen, welche am 21. Dezember über unser schönes Schiff hinströmten. Ich bin überzeugt, daß die den vorzüglichen Eigenschaften Ihres ausgezeichneten Ozeanisches „Manchuria“, seinem Führer, Kapitän Seiber, mitliden seinen Offizieren, zu zuschreiben ist, daß alle Möglichkeiten gegeben wurden, die Reise für mich zu einem vollen Erfolge zu gestalten.

Als ich mich am 14. Dezember 1922 auf der „Manchuria“ einschiffte, wurden meine Erwartungen bei weitem übertroffen. Die Offiziere des Schiffes leisteten mir ausgezeichnete Dienste und „laet but not least“ in die Ränge in jeder Beziehung einfließen.

In meiner Kabine war ich eingerichtet, als ob ich mich zu Hause in meinem eigenen Studierzimmer befinde. Meine wissenschaftlichen Instrumente, welche ich durch die Güte der Dienste des Herrn Professor Dr. von Hoffmanns Inhibitor der Hamburgischen Universität zur Verfügung gestellt erhielt, waren jederzeit während der ganzen Reise zu meiner ausschließlichen Verfügung.

Ich hoffe zweifelslos, daß meine Studien und Beobachtungen, welche ich auf der „Manchuria“ machte, und die ich schon jahrelang praktisch betreiben habe, der amerikanischen und deutschen wissenschaftlichen Welt gute Früchte bringen werden.

Ihr sehr ergebener
Dr. F. Danneberg.

